



# Sand im Getriebe

Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung

Ausgabe 4/2002 (25. Februar 2002)

eMail: [sand.im.getriebe@attac.org](mailto:sand.im.getriebe@attac.org)

## Zum Eintragen:

Um den wöchentlichen Newsletter „Sand im Getriebe“ zu abonnieren, schickt eine eMail mit dem Inhalt: subscribe sandimgetriebe an: [Majordomo@listi.jpberlin.de](mailto:Majordomo@listi.jpberlin.de)

## Zum Austragen:

Falls Ihr „Sand im Getriebe“ in Zukunft nicht mehr bekommen wollt, schickt eine eMail mit dem Inhalt: unsubscribe sandimgetriebe an: [Majordomo@listi.jpberlin.de](mailto:Majordomo@listi.jpberlin.de)

## Selbstverständnis

Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die an der Diskussion um eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung interessiert sind. Das Spektrum der AutorInnen und ihrer Positionen spiegelt die Breite der globalisierungskritischen Bewegung wider. Daraus folgt auch, dass die veröffentlichten Beiträge nicht notwendigerweise die Standpunkte der ATTAC-Bewegung wiedergeben.

## Der Inhalt

1. **Aus der Verantwortung gestohlen. Vom Umgang der Politik mit der Globalisierung.** Von Heiner Flassbeck und Claus Noé Die Gegner der Globalisierung globalisieren sich. Kein internationales Forum, ohne daß sie aus aller Welt anreisen und auf die eine oder andere Weise kundtun, wie wenig sie bereit sind, sich von den Schlagworten der Gipfelstürmer ins Bockshorn jagen zu lassen. Der internationale Widerstand kommt für die Politik offenbar unerwartet.
2. **Tourismus und Globalisierung** von Anne Amblès. Das Tourismus-Thema ist in Mode, man kritisiert die herrschaftlichen Beziehungen zwischen Touristen aus dem Norden und den südlichen Bevölkerungen. Das Tabu ist gebrochen. Wenn es seit Jahrzehnten zum guten Ton gehört, die Ghettos mit weißen Touristen zu kritisieren, ist es höchste
3. **Neoliberale Globalisierung und Frauenarbeit. Entwicklung der Situation in Frankreich.** von Christiane Marty Die neoliberale Globalisierung bringt eine Abwanderung der Unternehmen mit sich, die immer auf der Suche nach neuen Märkten und Senkung der Produktionskosten sind. In den Ländern des Südens lässt sich eine starke Zunahme der Frauenarbeit im informellen Bereich feststellen; auch die Schaffung von Arbeitsplätzen in Branchen, die mit Export zu haben,
4. **Staudammprojekt in Kurdistan - Schmutzige Wasserkraft: Staudamm Ilisu** von Alexis Wiederstein. Seit Jahren setzt die türkische Regierung auf den Ausbau der Wasserkraft an Euphrat und Tigris. Dass dabei Menschen vertrieben und Kunstschatze überflutet werden, wurde immer billigend in Kauf genommen. Ebenfalls seit Jahren sind österreichische Unternehmen an diesen strategischen Bauvorhaben beteiligt. Zuletzt ist es einer
5. **Globalisierungsgipfel ohne Ausnahmezustand?** Von Heinrich Breidenbach Warum sollen „Globalisierungsgipfel“ ohne exzessiven Obrigkeitsstaat, ohne Gewaltdrohungen und ohne Demonstrationsverbote unmöglich sein? Anregungen für Politik, Staatsgewalt und Protestszene.

## 1. Aus der Verantwortung gestohlen. Vom Umgang der Politik mit der Globalisierung. Von Heiner Flassbeck und Claus Noé

**Die Gegner der Globalisierung globalisieren sich. Kein internationales Forum, ohne daß sie aus aller Welt anreisen und auf die eine oder andere Weise kundtun, wie wenig sie bereit sind, sich von den Schlagworten der Gipfelstürmer ins Bockshorn jagen zu lassen. Der internationale Widerstand kommt für die Politik offenbar unerwartet. Hatte man doch gerade die eigenen Bevölkerungen eingeschworen auf die „unumgängliche Anpassung, die die neuen Zeiten fordern“. Die Zeiten heftiger Proteste gegen das System als solches schienen überwunden: Es gab scheinbar keine faktische Alternative mehr zum globalen Anarcho-Kapitalismus neoliberaler Herkunft.**

### Uneingelöste Verheißungen

Hätte die Globalisierung des Wirtschaftens die Erfolge gebracht, die eine Mehrheit der Ökonomen prophezeite, dann bliebe völlig unverständlich, wieso bei jeder Konferenz von politischem, wirtschaftlichem und publizistischem, tatsächlichem oder auch nur eingebildetem Führungspersonal Protest laut wird. Aber die Prophezeiungen sind nicht wahr geworden. Die Öffnung der Märkte für Güter, Kapital und Menschen hat nicht zu dem Wohlfahrtsgewinn für alle geführt, den die Gleichgewichtsmodelle neoklassischer Provenienz vorhergesagt hatten. Weder sind die Wachstumsraten der Realeinkommen insgesamt größer geworden, noch ist es in der Breite zu einem Aufholen der ärmeren Länder gekommen. Das Gegenteil liegt näher an der Wahrheit: Von wenigen Ausnahmen abgesehen haben die Wohlstandsunterschiede zwischen den Volkswirtschaften und innerhalb der Volkswirtschaften zugenommen.

Der Nationalstaat habe sich überlebt in den Zeiten der Globalisierung, die Finanzmärkte stimmten über die Politik ab, Globalisierung erfordere entgrenzte, staatenlose Märkte, die ihren eigenen Regeln ohne störende Interventionen der Staaten folgen. Dies sind die gängigen Strophen der Hymne an die derzeit dominierende – aber gewiss nicht einzig mögliche – Variante der Globalisierung des Wirtschaftens.

Laßt die Märkte die Welt richten. – Wenn dies das Motto ist, stellen sich eine Fülle unbeantworteter und häufig sogar unerörterter Fragen. Darunter besonders elementare für eine aufgeklärte Politik, die an Werten wie Freiheit, Gerechtigkeit, Integration und Frie-

densstiftung festhalten und eben nicht marxistische Unversöhnlichkeit der Klassen oder Carl Schmitt'sches Freund-Feind-Denken als unausweichliches Schicksal menschlichen Zusammenlebens in den Gesellschaften hinnehmen will. Der Verfassungsstaat der Neuzeit, das freiheitsstiftende Organisationsmodell der europäischen Aufklärung ist bedroht, wenn die Wirtschaft über die Politik herrscht. Deren oberstes Ziel muss – gemäß der deutschen Variante im Grundgesetz und der wichtigsten internationalen Normen – unverrückbar darin bestehen, dem Bürger „Grundrechtsschutz zu gewähren“, und dies in einem demokratischen und sozialen Verfassungsstaat, in welchem „alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht“.

### Kapitalismus pur

Niemand wird ernsthaft behaupten, die in den Kauf- oder Verkaufsentscheidungen von Akteuren auf den globalen Finanzmärkten sich manifestierenden ökonomischen Interessen seien dazu angetan, diesen Schutz zu gewähren, Bürger- und Menschenrechte zu garantieren. Genau dies aber müsste belegt werden, wenn Finanzmärkte legitim und verfassungskonform anstelle des Volkes über die Politik abstimmen sollen. Seit Max Webers Wirtschaftssoziologie, seit „Wirtschaft und Gesellschaft“ (1922) hätte jeder wissen können, dass Planwirtschaft tendenziell in totalitärer Herrschaft von Verwaltungsbürokratie endet. Empirisch-jedenfalls ist Webers theoretische Erkenntnis mit dem Desaster für Freiheit und Wohlstand in den staatssozialistischen Ländern eindrucksvoll belegt. Aber was hatte der in Sachen sozialistischer Planwirtschaft so früh so hellsichtige Max Weber über Staat

und Gesellschaft unter schierem Kapitalismus erkannt? Das ist spannend: Die wissenschaftlichen Forschungen zu Wirtschaft und Gesellschaft, Herrschaft, Staat, legitimer Politik und legaler Bürokratie, die der Liberale Weber vor fast 100 Jahren zu entwickeln begann, belegen die dem reinen Kapitalismus immanente Eigenschaft „der Expropriation der Arbeiter.“ Lassen die Expropriation einer Mehrheit und demokratische Verfasstheit der Staaten sich miteinander vereinbaren? Wer liest noch Schumpeter?

Eine Zusammenfassung Weber'scher Erkenntnisse im katholisch-konservativen, also bei Gott nicht linken, achtbändigen Freiburger Staatslexikon könnte heutzutage mancher Halbgebildete, der von Weber wertfrei benutzten Fachbegriffe wegen, für ein kommunistisches Pamphlet halten: Die Verkehrswirtschaft „bedingt die wirtschaftliche Abhängigkeit aller Unselbständigen und die Konzentration der wirtschaftlichen Macht bei denjenigen, die über die Wirtschaftsapparatur verfügen. Auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen bilden sich dann entsprechende Abhängigkeitsverhältnisse und Machtpositionen heraus.“(1)

Genau dies demonstrierten in den vergangenen 20 Jahren fortschreitender Globalisierung, die von schwachem realem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit begleitet waren, der stetig sinkende Anteil der Löhne am Volkseinkommen und der entsprechende Anstieg des Anteils der Gewinn- und Vermögenseinkommen vor und nach Steuern. Empfehlungen von linken (?) Regierungen – unter der vernebelnden Überschrift „Bündnis für Arbeit“ einseitig auf Gewerkschaften und Abhängige gemünzt –, Löhne regelmäßig weniger zu erhöhen als es dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs entspräche, zielen auf das weitere Absinken der Lohnquote. Zudem wird die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme immer mehr auf die Arbeitnehmerseite verlagert. Kostenentlastungen sollen den *shareholder value* steigern. Das geht seit fast zwei Jahrzehnten so, doch der in Aussicht gestellte Rückgang der Massenarbeitslosigkeit bleibt aus, das reale Wachstum schwach.

### Konsensmaschine zu Lasten der Arbeit

Nirgendwo werden Max Webers „Abhängigkeiten“ und neue „Machtpositionen“ deutlicher als im unmittelbaren Regierungshandeln bei „Steuerreformen“. Sie laufen im herrschenden Typus der Globalisierung allesamt auf die massive Senkung von Besitz- und Einkommensteuern in immer neuen Runden hinaus, Land für Land, Jahr für Jahr. Bilanziert man die einzelnen Schritte der Steuerreform der Regierungen Kohl und Schröder in Deutschland unter dem Gesichtspunkt der Lastenverteilung, so zeigt sich: Die Steuerentlastung der Abhängigen und Unselbständigen durch den kurzzeitigen Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine ist in den nachfolgenden gesetzgeberischen „Reformen“ zugunsten der über die „Wirtschaftsapparatur Verfügenden“ mehr als ausgeglichen worden – unter Mitwirkung der Konsensmaschine „Bündnis für Arbeit“, die nur solange funktioniert, wie sie sich in den Dienst der Strategie der Herrschaft der globalen Märkte über die Politik stellen lässt.

Vertragsfreiheit und die Zurückdrängung gesetzlicher Ge- und Verbote bedeuten weniger Zwang durch den Staat. Formal mag das zutreffen, aber auch substantiell? Heutzutage heißt dies Deregulierung und Flexibilisierung von (jedenfalls ursprünglich) wertorientierten Rechtssetzungen des Staates, die pauschal zu Bremsen optimaler Kapitalverwertung uminterpretiert werden. Schon zur vorletzten Jahrhundertwende war aber Allgemeingut zu wissen, dass Vertragsfreiheit faktisch diejenigen begünstigt, die ökonomisch in der Lage sind, Gebrauch von ihr zu machen. Gewiss kein Grund, die Wirtschaft zu verstaatlichen, aber einer zu fragen, wo und in welchem – möglichst geringen – Ausmaß Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat in einer offenen Gesellschaft unabdingbar ist. Damit die Gesellschaft nicht feudalisiert wird und Wirtschaften effizient bleibt. Balance also, gemischte Wirtschaftsordnung, bewahrt in Gesellschaften Freiheit und Frieden – nicht ideologische Verabsolutierung von Lehrmeinungen und Interessen, die diese befördern. Diese verfassungspolitische Weisheit früherer Generationen ist, so scheint es, an den Fakultäten in Vergessenheit geraten.

## Freiheit als Recht des Stärkeren

Mag sein, dass die meist in ökonomischen Fachbereichen der Hochschulen anzutreffenden Schöpfer so verwaschener und gefälliger Worthülsen wie „Deregulierung“ und „Flexibilisierung“, „Globalisierung“, „Dritter Weg“, „digitaler Kapitalismus“ gar, diese Leerformeln in Umlauf brachten, um sich systematischerwissenschaftlicher Kritik anderer Fakultäten (erst einmal) zu entziehen. Schlicht, indem man für alte, bekannte Tatbestände neue, wissenschaftlich klärungsbedürftige Formeln in die Bücher schreibt, Begriffe besetzt oder positiv interpretiert, die man selber in Umlauf bringt. Neue Wörter täuschen vor, es gebe neue Sachverhalte, „New Economy“ beispielsweise. Die schillernden Vokabeln fördern einen oberflächlichen Gebrauch in Politik und Massenmedien und zugleich die Durchsetzung der in diesen Worthülsen verborgenen Interessen. Deregulierung, Flexibilisierung, das duftet nach Freiheit. Freiheit?

Schon seit Max Weber gilt als gefestigte Erkenntnis der einschlägigen Wissenschaften, dass „das formale Recht“ – der Grad der Regulierung durch Gesetz und Verordnung – „nichts darüber aussagt, wo das Mehr an Zwang überhaupt und wo das Mehr an faktischer persönlicher Freiheitssphäre liegen würde“. (2) Die Brutalität, mit der der Machtanspruch der Wirtschaft seit dem Zusammenbruch des totalitären Kommunismus als Umverteilungsanspruch „von unten nach oben“ global betrieben und durchgesetzt wird, begründet wachsende Zweifel an der Vorstellung, der gebändigte (Nachkriegs-)Kapitalismus des Westens sei das Ergebnis von Einsicht und Humanität gewesen. Plausibler erscheint zunehmend die These, die damaligen „Einsichten“ seien entscheidend auf die Furcht der Privilegierten vor dem „Sozialismus“ zurückzuführen und hätten ihren Grund mit dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion verloren.

## Mäßigung nur unter Druck

Auf den Untergang der freiheitsbedrohenden Gegenmacht reagiert das globale Kapital jedenfalls mit restaurativer Skrupellosigkeit, in der manch einer überwunden gedachte klassenkämpferische Züge entdeckt. Bei Max

Weber finden sich überzeugendere Einsichten in die gesellschaftliche Wirkungsweise von Verkehrswirtschaften als in der modernistischen Soziologie der Becks und Giddens, die vermutet, die Gesellschaften bewegten sich „jenseits von Stand und Klasse“. Vielleicht bewertet diese die Aussichten eines „Dritten Wegs“ so optimistisch, weil sie die Furcht der Kapitalisten vor dem „Klassenfeind“ als dauerhafte Einsicht und weise Machtbeschränkung der Privilegierten missdeutet hat. Wie sagte Otto von Bismarck am 26. November 1884 vor dem Deutschen Reichstag mit Blick auf die klassenkämpferische Arbeiterbewegung seiner Zeit: „Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht die Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, noch nicht existieren.“ So gesehen, ist nicht verwunderlich, wenn hundert Jahre später linke „Modernisierer“ die Sozialreform umdrehen, weil sie von den Privilegierten an der Regierung geduldet werden wollen.

Neu am alten Kampf der wirtschaftlich Privilegierten gegen staatliche Regeln ist, dass sie deren Abschaffung zugunsten der individuellen Vertragsfreiheit heute „global“, in vielen Staaten zeitgleich, fordern und durchsetzen. Die Märkte der Volkswirtschaften wurden so weit geöffnet, dass sich jeder Kundige den staatlichen Regeln entziehen kann, solange diese auf internationaler Ebene kein wirksames Äquivalent besitzen. Es soll keine Gesetze, keine verbindlichen Regeln geben, weil dies Märkte behindere. War es nicht das gesetzte Recht der Aufklärung, das Freiheit schafft, Privilegierte daran hindert, ihr darwinistisches Recht des Stärkeren in den Gesellschaften zur Regel zu machen? Staatlicher Imperialismus als Ausdehnung der wirtschaftlichen Macht über ganze Volkswirtschaften kommt zu Zeiten dieser Globalisierungsstrategie nicht als Eroberungskrieg daher, wie die Marxisten-Leninisten ideologisierten. Er zeigt sich heute als neoliberaler Konsens der Privilegierten und der Regierungsbürokratie der privilegierten Staaten sowie der als Teil der „New Economy“ auftretenden Massenmedien.

### Von wegen Gleichgewicht der Märkte

Die Verabsolutierung der güterwirtschaftlichen Freihandelsstrategie ermöglicht es zunehmend, Staaten und Gesellschaften dem Marktzwang durch Stärkere zu unterwerfen. Von wegen Gleichgewicht der Märkte! An die Stelle der politisch legitimierten Norm des Ausgleichs tritt der Zwang zur Anpassung an das ungezügeltere Interesse der von vornherein Stärkeren. Je größer die kapitalistischen Unternehmungen werden, schrieb Max Weber, „desto rücksichtsloser kann unter Umständen autoritärer Zwang in ihnen ausgeübt werden, und desto kleiner wird der Kreis derjenigen, in deren Händen sich die Macht zusammenballt“. Weber erkannte bereits die Tendenz zur Ausdehnung der wirtschaftlichen Zwangsgewalt – Entzug von Einkommen und Erwerbsarbeit – auf Individuum, Gesellschaft und Staat: „Eine formell noch so viele ‚Freiheitsrechte‘ und ‚Ermächtigungen‘ verbürgende und darbietende und noch so wenige Gebots- und Verbotsnormen enthaltende Rechtsordnung kann daher in ihrer faktischen Wirkung einer quantitativ sehr bedeutenden Steigerung nicht nur des Zwangs überhaupt, sondern einer Steigerung des autoritären Charakters der Zwangsgewalten dienen.“ Weniger Staat heißt also nicht per se weniger Zwang. Mehr Markt heißt auch mehr Zwang, nur nicht durch den Staat, die durch Mehrheit legitimierte Politik, sondern durch die Marktinteressen der Privilegierten, die sich ihre Macht „durch Vermittlung der Rechtsordnung garantieren lassen“. (3)

Webers Satz vom sich verlagernden Zwang gilt für Staaten wie für internationale Organisationen und Unternehmen. Auch dazu gibt es inzwischen beeindruckende empirische Belege: Die Zwangsmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF), mit denen die Folgen verheerender, systembedingter Währungs- und Finanzmarktkrisen (Südamerika, Russland, Ostasien) durch Lohnkürzungen, Massenarbeitslosigkeit, Streichung von staatlichen Leistungen und Zinserhöhungen wesentlich den unbeteiligten Schwachen aufgebürdet werden, laufen darauf hinaus, die Gläubiger möglichst zu schonen. Die Kredite von IWF und Weltbank werden den Opfern der Krisen, den Volkswirtschaften und Staa-

ten nur dann gewährt, wenn diese sich den Interessen der Akteure auf den Finanzmärkten fügen und das bestehende Währungssystem um den Dollar akzeptieren, obwohl es für sie höchst krisenträchtig ist. Die Verfassungsgane der betroffenen Länder werden entmacht-

### Die G7 als IWF-Shareholder statt Politikverantwortliche

Eine internationale Organisation, eine vor allem von den sieben großen Industriestaaten dominierte Instanz, zwingt ohne eigene demokratische Legitimation den infolge anarchischer Globalisierung krisengeschüttelten Gesellschaften ihre Politik auf. Die sieben führenden Regierungen und Notenbanken haben diese Politik 1989 im „Washingtoner Konsens“ des IWF, dem Katechismus der angelsächsischen Neoliberalen, als Anteilseigner, als Shareholder des IWF verabredet – eben wie Aktionäre, nicht etwa wie für Freiheit und Recht in den Gesellschaften politisch Verantwortliche. Amtliche Berichte der Regierungen – über den Niedergang der Mittelschichten im Vereinigten Königreich, über die Konzentration des Vermögens bei wenigen Haushalten in Deutschland und die Verarmung von Familien, UNO-Veröffentlichungen über die wachsende Armut ganzer Regionen in der Welt – bestätigen nichts anderes als Verantwortliche in Verfassungsorganen hätten wissen können, ehe sie ihre Politik der Globalisierung überantworteten. Diese Berichte beklagen seit Jahren regelmäßig den zu zahlenden Preis, sie ändern nichts.

Ökonomische wie gesellschaftliche Alternativen, angemessenere Diagnosen und Therapien hat es immer gegeben. Die Lektüre alternativer Standardwerke hätte geholfen, rechtzeitig Zweifel zu artikulieren. Aber wer keine Fragen hat, bekommt keine Antworten. Der unangemessene Umgang mit dem Problem freier Kapitalmärkte manifestierte sich in systemischen Krisen der Währungsmärkte. Daß Regierungen sich genötigt sehen, sich den Interessen der stets mit Abwanderung in die unregulierte Welt des Globalismus drohenden Betreiber der Finanzmärkte (Fonds, Banken, Versicherungen, Kapitalsammelstellen, Investoren) zu fügen, wird durch publikumswirk-

samen Reformeifer medial dergestalt inszeniert, dass der Kern der faktisch betriebenen Politik einer Vergesellschaftung der Risiken, einer Aufgabe humaner Essentials der Verfassungsstaaten *als Freiheit* von staatlichem Zwang, *als Mut* zum Markt erscheint. Die Vergesellschaftung der Risiken wird zur sachgerechten Ausrichtung der Politik an den globalen Finanzmärkten umgedeutet. Die politische Abstinenz diene dem Strukturwandel zur „New Economy“ – eine weitere Worthülse –, dem Wachstum und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Diese Camouflage dominiert in fast allen die Weltwirtschaft prägenden Staaten – am wenigsten übrigens in Frankreich, der Keimzelle des modernen Verfassungsstaats.

Die Abkehr vom gebändigten Kapitalismus der Nachkriegsjahrzehnte führe zu mehr Wohlstand und zu weniger Arbeitslosigkeit, so die Behauptung der „Reformer“ aller Couleur; regelmäßig verbunden mit zusätzlichen Forderungen nach mehr „Deregulierung“ und „Lohnkostensenkung“, weil das Erreichte nach über 20 Jahren deregulierter Währungs- und Kapitalmärkte immer noch zu wenig sei. Keine Umkehr, immer mehr vom selben. Rechthaberei wird zur Therapie der Ideologen, wie ehemals bei den Staatssozialisten: Das gelobte Land wird stets nach der nächsten Runde, dem nächsten Fünfjahresplan erreicht. Bis zum Zusammenbruch.

### Niemand ist ausgeliefert

Es gehört zur Selbstinszenierung von Regierungschefs, Finanz- und Wirtschaftsministern, so zu tun, als seien sie diesen globalen Märkten ausgeliefert – ob sie wollen oder nicht. Stimmt das? Nein. Alle Vereinbarungen über den Abbau staatlicher Ge- und Verbote, alle Vereinbarungen über die Aktionsbedingungen des IWF, über die Öffnung der Finanzmärkte der Staaten der WTO bedurften der Zustimmung der Regierungen, häufig auch der Ratifikation der Verträge durch die Parlamente. Gewiss gibt es Probleme, die effizient nur global gelöst werden können, das Klimaproblem etwa, Ordnungs- und Besteuerungsregelungen für das Internet oder die Schaffung einer Weltwährungsordnung. Dennoch: Niemand ist ausgeliefert, Politik hat sich lediglich aus der Verantwortung gestohlen. Besonders

eklatant tritt die mangelnde Bereitschaft der Regierenden, auch in den Zeiten der Globalisierung ihre Verantwortung zu übernehmen, im Bereich der globalen Währungsfragen zutage. Die Ablösung des Währungssystems von Bretton Woods zugunsten eines Systems frei schwankender Wechselkurse wurde zwischen Regierungen vereinbart, ohne dass sie sich auf gemeinsame Interventionspflichten besonnen hätten, auf Regeln, die anzuwenden wären, wenn, wie vorherzusehen, die Wechselkurse sich bei exzessiver Spekulation weit von den realen Austauschverhältnissen entfernen könnten. Wenig bis nichts wurde vereinbart, um hier vorzubeugen. Die Resultate dieser Deregulierung kennen wir: schwere Krisen auf den Finanz- und Gütermärkten, die ganze Volkswirtschaften ins Unglück stürzen.

### Fazit: Die Politik hat ihren Globalisierungspart versäumt

Nachdem die Märkte entgrenzt, das Wirtschaften global entstaatlicht scheinen, gilt es als fortschrittlich zu erörtern: „Hat sich der Nationalstaat überlebt?“ Diese Frage insinuiert, das Überwinden nationaler Enge zugunsten eines „globalen, digitalen Dorfes“ könne doch nur gut sein. Mag sein oder auch nicht. Bei Lichte betrachtet, geht es gar nicht um den Nationalstaat, sondern um die Freiheit und Gerechtigkeit stiftende Existenz des neuzeitlichen Verfassungsstaats. Es geht nicht darum, ob die Nation als Staatsvolk ausgehoben habe oder nicht, oder worauf man öffentlich stolz sein darf, soll oder muss.

Vielmehr ist zu fragen, ob der mit parlamentarischer Mehrheit bestellte Regierungschef, ob das vom Volk bestellte Parlament, ob die für ihre Behörden verantwortlichen Minister die für das Zusammenleben in Wirtschaft und Gesellschaft wesentlichen Entscheidungen eigentlich noch treffen, ob sie in der Lage sind, die Grundrechte zu verteidigen und die faktische Machtausübung demokratisch, parlamentarisch zu verantworten und zu legitimieren – oder ob die politischen Entscheidungen von Führungsmächten, internationalen Institutionen, von ominösen Märkten oder den Akteuren auf Finanzmärkten getroffen werden, die allesamt nicht an eine Verfassung gebunden sind.

Die von Politikern, Zentralbankpräsidenten, Kommentatoren gedankenlos benutzte Formel, „die Finanzmärkte stimmen über die Politik ab“, legt nahe, dass politische Entscheidungen von dazu nicht Bestellten, vom Grundgesetz nicht Legitimierten, keiner Wählerschaft Verantwortlichen getroffen werden. Nimmt man die stets mit dem Unterton der Sanktionsdrohung benutzte Formel von den über die Politik abstimmenden Finanzmärkten für bare Münze, dann haben wir eine Machtkonstellation, die in der geschriebenen Verfassung der Republik nicht vorkommt. Das Grundgesetz jedenfalls sieht vor, dass alle Macht vom Volke ausgehe, politische Entscheidungsmacht durch Gewählte ausgeübt werden muss. Wer hat die Finanzmärkte gewählt? Niemand hat sie zu politischer Entscheidung legitimiert.

Die Weltwirtschaft leidet folglich nicht an den Globalisierungsgegnern, sondern an einer fundamentalen Inkonsistenz der Politik. Zwar haben die Politiker den Menschen in den vergangenen zehn Jahren gepredigt, dass sie sich an die Zwänge der Globalisierung anpassen und viele liebgewordene Gewohnheiten aufgeben müssen. Das Problem ist nur, dass die Politik selbst keinerlei Fortschritte dabei gemacht hat, sich selbst auf die Erfordernisse der Globalisierung einzustellen.

Weder ist ein globaler Ordnungsrahmen entstanden, der auch nur annähernd das leistet, was in den Nationalstaaten die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen klassischerweise bewirkt, noch gibt es eine globale Verantwortung der Politik für die weltweite wirtschaftliche Entwicklung. Selbst die Ansätze verstärkter Kooperation, wie sie einst im G7-Prozess zum Ausdruck kamen, sind weitgehend verloren gegangen, weil diese Gremien nicht einmal mehr den Versuch einer echten Koordinierung unternehmen.

So harrt die Weltwirtschaft einer konsistenten Lösung für die Globalisierung auf der Ebene

der Politik, die Geldpolitik eingeschlossen. Fahren die Politiker fort, die Menschen mit der Globalisierung zu drangsalieren, ohne selbst auch nur erste Schritte hin zu einer globalen Ordnung zu machen, werden die Menschen die Anpassungszwänge – vermeintliche und tatsächliche – nicht mehr zu tragen bereit sein und auf eine Entglobalisierung drängen. Nationale und nationalistische Strömungen werden die Gewinner sein, wenn die Politik global versagt. Politisches Vakuum, wie es der Neoliberalismus als Heilslehre predigt, dient nur wenigen Privilegierten und erlaubt der Politik die Flucht aus der Verantwortung für Wohlstand, Vollbeschäftigung und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die globale Wirtschaft braucht, nicht anders als die Nationalwirtschaften, eine Verfassung. Walter Euckens Ordoliberalismus, ein Verfassungsliberalismus par excellence, entstand im Gefolge einer gewaltigen globalen Krise des Kapitalismus. Wie groß müssen die globalen Krisen der Neuzeit noch werden, bis die Einsicht reift?

In einem zweiten Artikel werden die Verfasser u. a. den Umgang mit den Krisen in Asien, Russland und Argentinien analysieren und Alternativen prüfen. – D. Red.

#### Anmerkungen:

(1) Stichwort Weber, Max, in: Staatslexikon, Bd. 8, Sp. 472, Freiburg 1963.

(2) Max Weber, Soziologie, Weltgeschichtliche Analysen, Politik, hg. v. Johann Winkelmann, Stuttgart 1959, S.78.

(3) Max Weber, a.a.O., S.79.

**Dieser Beitrag ist zuerst in den Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/2001, Blätter Verlagsgesellschaft Bonn, S. 1200-1207, erschienen. Die Blätter im Internet: [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de).**

## 2. Tourismus und Globalisierung von Anne Amblès

Das Tourismus-Thema ist in Mode, man kritisiert die herrschaftlichen Beziehungen zwischen Touristen aus dem Norden und den

südlichen Bevölkerungen. Das Tabu ist gebrochen. Wenn es seit Jahrzehnten zum guten Ton gehört, die Ghettos mit weißen

Touristen zu kritisieren, ist es höchste Zeit, die Kritik zu verschärfen und die neoliberalen Mythen anzugreifen.

Die Touristen, die sich Gedanken um die Auswirkung ihres Urlaubs auf die Reiseländer und ihre Gesellschaften machen, werden immer zahlreicher. Eine Änderung der Mentalität ist auf dem Vormarsch, die Wiedererlangung durch die Reiseanbieter ist ihr auf den Fersen.

Die lokalen und globalen Dimensionen verbinden heißt auch, die Gemeinsamkeiten der Probleme des Nordens mit denen (auf andere Weise verheerenden) des Südens festzumachen: wachsende Ausbeutung, Unsicherheit des Arbeitsplatzes im touristischen Sektor, Umweltverschmutzung, immer billigere Transportkosten, die immer mehr Reisen nach sich ziehen, Reisegebiete und ihre Bevölkerungen fallen dem Tourismus zum Opfer. Analysieren, erklären, die Problematik in ihren globalen wirtschaftlichen Zusammenhang setzen, die oberflächlichen Kritiken und die künstlichen Alternativen zurückweisen, Bewertungsmaßstäbe ausarbeiten und verbreiten, Steine zum Aufbau dieser anderen möglichen Welt herbeitragen: Der Tourismus zeigt die Problematik der Globalisierung und bietet ein fruchtbares Thema (zum Nachdenken über ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Interaktion).

### TOURISMUS - EIN UNGERECHTER, BELIEBIGER UND ENTWURZELTER KONSUM.

Tourist sein bedeutet bis auf wenige Ausnahmen, konsumieren: Man wählt eine Reise wie ein Auto oder einen Haushaltsgegenstand, immer öfter auch im Supermarkt oder im Internet; für die Reise und während der Reise konsumiert man viel. Das ist gut für die Wirtschaftsarithmetik, also angeblich für den Reichtumzuwachs. Man kann die meisten Handelsanalysen und Methoden des fairen Handels auf den Tourismus übertragen, aber der Tourist konsumiert den Traum, Landstriche, eine Bevölkerung, eine Kultur, Lokalkolorit; vor allem wird *er* transportiert. Das Produkt selbst kann nicht gelagert werden, es wird als ein Exportartikel betrachtet, seine Kundschaft ist flüchtig...

Andererseits lassen Erdbeben, ein Guerillakrieg, eine Rezession oder Attentate (selbst am anderen Ende der Welt, wenn es sich um eine Großmacht handelt) die Nachfrage manchmal bis auf Null sinken.

### DIE NACHFRAGE NACH TOURISMUS DIVERSIFIZIERT SICH UND SIE STEIGT IM DURCHSCHNITT UM 4% PRO JAHR...

und das sowohl in Frankreich wie auch auf der ganzen Welt. Die Versuchung ist groß für die Investoren, die Entscheidungsträger und die Planer, zu versuchen, von diesem Manna zu profitieren, um ein Gebiet - im Norden sowie im Süden - zu entwickeln. Trotz der seit Jahrzehnten festgestellten und analysierten Schäden auf allen Kontinenten funktioniert das Trugbild der Entwicklung durch den Tourismus noch mit seinen unzähligen Hoffnungen, die bald enttäuscht werden. AGIR ICI (=hier handeln) hat gerade eine Kampagne ins Leben gerufen: „Wenn Urlaubsgäste zum Unglück ihrer Gastgeber werden“; im Juli 2001 hat „*Alternatives Economiques*“ (=Alternative Wirtschaft) ein Dossier den durch Tourismus verursachten Schäden gewidmet, um nur zwei sehr kurze und neue Bilanzen zu zitieren.

### DER TOURISMUS IST EINE ABHÄNGIGE AKTIVITÄT,...

...abgesehen davon, dass die Besucherzahlen unvorhersehbar sind: Er ist eine Bestätigung für die Diskriminierungen in der Bewegungsfreiheit, fälscht das Bild der Welt, proklamiert, dass „die Welt der ganzen Welt gehört“ und öffnet weite Gebiete für eine sorgenlose Invasion. Wenn man etwas zu investieren hat, öffnen sich die ehemaligen Kolonien der Invasion und die lokalen Eliten drücken beide Augen zu. Ist man nicht wirklich arm, kann man immer noch zu noch Ärmeren gehen und sich beinahe reich fühlen. Wenn man als Armer in einem armen, aber von Touristen besuchten Land lebt, versucht man sein Vorteil bei Abendländern zu suchen, die als fröhlicher Fleischkloß in Bermuda-Shorts mit Camcorder oder Fotoapparat um den Hals herumlaufen, oder als Individuen, die ihr Gepäck auf dem Rücken tragen und dabei skrupellos Jagd machen auf Schnäppchen und das Authentische.



Der bezahlte Urlaub hat es ermöglicht, die Energie der Arbeitnehmer zu erneuern, die Reisen in „exotische“ Länder stellen breite Bevölkerungsgruppen zufrieden. Viele Reisende befriedigen herrschaftliche, ja sogar perverse Gelüste, wobei sie Schwarzhandel und moderne Formen des Versklavung Vorschub leisten.

Die große Mehrheit der touristischen „Gastländer“ hat sich die „Gastfreundschaft“ nicht ausgesucht. Man hat sie verkauft, indem man Gesichtsausdrücke und Kostüme auf Reisemagazinen, Katalogen oder Postern zur Schau gestellt hat. Man hat ihre traditionelle Kultur zur Ware gemacht, auf die Gefahr hin, sie dazu zu zwingen, ihre eigenen Rituale nachzuäffen, sich zu verkleiden, auf archaische Art zu jagen, weil das zum kommerzialisierten touristischen Produkt gehört. Man hat ihre Solidargemeinschaft in Konkurrenz und Individualismus verkehrt.

Man hat den „Bedürfnissen“ der Touristen eine Priorität gegenüber denen der Bevölkerungen gegeben, besonders im Bezug auf Wasser, kultivierbares oder bebaubares Land, was zum Hamstern von Baugrundstücken und Immobilien und zur Umsiedlung der ansässigen Bevölkerung führt (zum Beispiel für den Bau von Hotels und Golfplätzen in Trockengebieten oder für einen dritten Flughafen in der Ile-de-France). Durch die Öffnung der Märkte und den Abbau von Zollschranken, der vor allem durch den IWF (Internationalen Währungsfond) den verschuldeten Ländern aufgezwungen wird, werden die produktiven Tätigkeiten, die an den Tourismus gekoppelt sind, stark reduziert, da Produktionskosten, Standardisierung, Qualität, Liefertermine, Menge die Einfuhr von Konsumgütern begünstigen, um die Nachfrage der Touristen zu befriedigen.

### DER TOURISMUS WÄSCHT WEISSER

Wie hoch ist der Anteil des touristischen Gewinns an der Finanzspekulation, was sind die genauen Verbindungen zwischen Tourismus, Kasino und Geldwäsche? Der Artikel von Jean Chesneaux in der „*Monde diplomatique*“ vom Januar 1996 zählt die kleinen europäischen Steuerparadiese auf. Der Tourismus ist ein gutes Alibi für Geldwäscher, und auch

wenn die Bahamas zu luxuriös für den Massentourismus sind, so rufen sie doch den stereotypen Traum der Kokospalme hervor, mit weißem Sand, warmem und sauberem Meer. In Zypern bräunen sich russische Mafiosi bei der Geldwäsche (die Experten schätzen den jährlichen Geldfluss von Russland nach Zypern auf 1 Milliarde \$). *Eine Welt ohne Gesetze*, bemerkenswerter Atlas der Wirtschaftskriminalität erklärt, wie ein Geldwäschezklus über japanischen Pseudo-Touristen, die in Europa Luxusgüter einkaufen, funktioniert. Die massiven Kapitalflüsse und die Gewinne aus dem Tourismus verbergen leicht die illegalen Transaktionen.

### DIE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DURCH DIE NEOLIBERALE BRILLE GESEHEN

Die kurzfristige Profitsucht hat zur Deklassierung vieler Gebiete beigetragen, in denen nur noch Arme akzeptieren, sich auf den betonierten und verschmutzten Stränden zu bräunen). Im schlimmsten Fall ist der Tourismus die einzige wirtschaftliche Ressource ,schlimmer noch: die Region besteht nur noch aus saisonalen Invasionen, es ist seiner Identität beraubt, und seine Anziehungskraft nimmt in demselben Maße ab. Der Tourismus verbraucht sehr schnell sein eigenes Potenzial, wenn es nicht rigoros unter Kontrolle gebracht wird.

Damit sich die Investitionen optimal auszahlen, wendet man sich heute einem nachhaltigen Tourismus zu. Eine langfristige Vision und die Bändigung der Touristenströme statt Massentourismus ohne Vorbereitung ist die derzeitige Theorie der Welttourismusorganisation (eine den Vereinten Nationen unterstehende Organisation mit stark neoliberaler Ausrichtung), sowie einer steigenden Anzahl von Tourismusministerien.

. Die Charta des nachhaltigen Tourismus (1995, [www.insula.org](http://www.insula.org)), die sich höchst offiziell - und zu radikal für die Tourismusbranche - auf die Prinzipien von Rio stützt, wurde durch die Weltorganisation für den Tourismus gar nicht verbreitet, stattdessen aber durch das internationale Tourismusetikgesetz (1999) mit starkem neoliberalen Akzent ersetzt . Zwar genießt der nachhaltige Tourismus offizielle Anerkennung jedoch nur in

seiner abgeschwächten Form, bar seines tieferen Sinns. In Wirklichkeit ist dieselbe Logik von Kapitalinvestitionen des Nordens weltweit ans Werk und auf dem Gipfel von Rio als Gesetz verkündete Methodologie wird als verstümmeltes Alibi zur Schau gestellt. "So konnte man beobachten, wie sich die Verfechter der neoliberalen Sache (...) die „nachhaltige Entwicklung“ zu eigen gemacht, sie aufgegriffen und neu interpretiert haben, um zu beweisen, das es ausreiche, einzig die Rationalität des Kapitals als Maßstab zu nehmen, damit die Reproduktion der sozialen und natürlichen Sphären automatisch gesichert ist, wo doch dieses Konzept gerade wegen der verheerenden Folgen geschmiedet wurde, die ebendiese Rationalität in den Gesellschaften und der Natur anrichtet." (René Passet, *Lobrede Globalisierung durch einen mutmaßlichen "Anti"*, Fayard, 2000, p.9 & 10).

### DER ÖKOTOURISMUS...

...wird von der Touristikbranche als Anwendung der Prinzipien von Rio präsentiert, oder zumindest als eine umwelterhaltende Form, dabei ist er aber nichts weiter als eine neue Art, Profit aus dem wachsenden Naturbedürfnis einer abendländischen Klientel zu schlagen. Der Ökotourismus liegt hauptsächlich in den Händen multinationaler Firmen und trägt zur Verarmung der lokalen Bevölkerung bei, deren traditionelle Ressourcen er sich unter dem Vorwand, sie zu schützen, einverleibt (Fischfang, begrenzte Bewirtschaftung des Waldes, Jagd, Landwirtschaft...) deren Art zu leben er tiefgreifend verändert und deren Kultur er vergewaltigt. Besonders dramatisch ist das für die eingeborenen Völker, deren Territorien zu Naturreservaten werden. Die Umwelt leidet unter den Infrastrukturen zur Erschließung dieser Territorien und unter dem wachsenden Verkehr von sogenannten Eingeweihten, die in Unkenntnis der Anfälligkeit dieser Milieus lediglich zu deren Konsum kommen. Die Investoren dagegen sind marketingorientiert und halten Kurs auf das Modell einer zügellosen Entwicklung um jeden Preis. Während der Profit den Schutz der Natur in den Schatten stellt, wird die Nachhaltigkeit der Natur als Nachhaltigkeit des Kapitals interpretiert, der Schutz der Natur im Schutz

des Profits zum Ausdruck gebracht, und die Sittlichkeit der generationsübergreifenden Planung wird zur Profitjagd auf dem Freien Markt der Natur" (Joey Bandy, *Public Culture*, vol. III, n°3, 1996, zitiert in *Transverses-info* n°24, April, 2001).

Die dunkelste Forderung des Rio-Gipfels ist die Umverteilung des Reichtümer zwischen Nord und Süd. Man „vergisst“ dabei wohl auch den untrennbaren Charakter der drei (Wirtschafts-, Umwelt- und Sozial-)Komponenten und die Voraussetzung ihrer Synergie: die tatsächlich demokratische Entscheidung der betroffenen Völker vor Ort. Ohne diese ganzheitliche Herangehensweise kann daher niemand behaupten „nachhaltigen Tourismus“ zu betreiben. Weder die Transnationalen, die sich der sozialen Frage und anderer nicht rentabler Erwartungen entziehen und ihr Wappen mit Hilfe einer „umweltfreundlichen Unternehmensführung“ zu vergolden suchen, noch die Bürger, die ihre Flugreisen vervielfachen, auch wenn sie einem „redlichen“, militanten, ethischen oder sonstigem Tourismus frönen. Denn die Bedürfnisbefriedigung künftiger Generationen nicht aufs Spiel zu setzen heißt auch Klarsicht angesichts des Verbrauchs der fossilen Brennstoffe und der Umweltverschmutzung zu beweisen.

### DIE ZEICHEN STEHEN AUF ETHISCHEM, SOLIDARISCHEM UND ENTWICKLUNGSORIENTIERTEM TOURISMUS

Auf die Initiative der NRO, „Tourism for Development“, spenden einige Reisende und Hoteliers eine Art freiwillige Steuer (1 \$ pro Reisender und pro Übernachtung) um Entwicklungsprojekte zu finanzieren, damit die Bevölkerungen der Touristenländer nicht nur die Kehrseite der Medaille sieht und sich gastfreundlicher zeigen. Wir haben es hier mit dem typische Fall einer moderaten Selbstkritik zu tun die einige unerwünschte Folgen zu Protokoll nimmt und vorgibt, sie allesamt beseitigt zu haben. Behelfsmäßiges Flickwerk der hemmungslosen Suche nach Profit ist für uns keine Entwicklung.

Einige NROs oder kleine Unternehmen schlagen einen unklar umrissenen „solidarischen Tourismus“ vor: einige Prozente des Reise-

preises sollen Bildungs-, Gesundheits- oder Sozialprojekten vor Ort gewidmet werden. Für das gute Gewissen sozusagen. Andere kommerzialisieren Touristikangebote, die tatsächlich aus einem lokalen Bedarf hervorgehen und die Autonomie eines Territoriums auf der Grundlage einer Mehrfachaktivität, einer Beteiligung der Frauen, einer sozial konzipierten demokratischen Verwaltung begünstigen ....

Wie soll man sich da zurechtfinden, will man mehr als eine beruhigende Gütemarke wählen? Und genau das ist nämlich einer der Arbeitsbereiche der Aktivisten für einen verantwortlichen Tourismus; wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, unsere Anstrengungen zu koordinieren, um die, um durch Information und Stimulierung der Dienstleistungsanbieter für Transparenz zu sorgen..

(„Association Transverses“ ,wichtigste französische Referenz in Bezug auf die kritische Reflexion über den Tourismus, [transverses@wnandoo.fr](mailto:transverses@wnandoo.fr); „Tourism Concern“ in Grossbritannien; das Netz TEN auf europäischer Ebene...).

### **ES GILT DIE ENTWICKLUNG DES TOURISMUS AUF VERSCHIEDENEN EBENEN ZU REGULIEREN UND NEU ZU ORIENTIEREN :**

Dem Massentourismus, der jetzt nahezu vollständig in den Händen transnationaler Unternehmen wie ACCOR, MELIA, TUI liegt, müssen Richtlinien auferlegt werden, die ein breites Spektrum touristischer und damit verwandter Aktivitäten abdecken; der Tourismus muss als Ganzes reguliert werden; es müssen Alternativen entwickelt werden. Der letzte Punkt obliegt dabei größtenteils Organisationen, der Rechtskontext aber kann sie begünstigen oder im Gegenteil, sollte AGCS(GATS) seine Drohungen wahr machen, niederdrücken. Entscheidend ist also, wie überall, der politische Wille und nicht zuletzt, als wichtiger Hebel die Entschlossenheit der Bürger.

### **EINEN ANDEREN TOURISMUS ZU SCHAFFEN, IST MÖGLICH.**

Skizziert wurden bereits die verschiedensten Wege, die den Touristen weitaus mehr Entfaltungsmöglichkeiten bieten und sich auf die

lokale und internationale Entwicklung wahrhaft positiv auswirken. Da sollten zunächst Methoden, Aufmachungen, Stereotype Privilegien und der üble Beigeschmack von Kolonialismus aufgegeben werden: seine harte Kollektivaufgabe, die jeder für sich in seinem eigenen Rhythmus einbringen muss.

Einige Alternativen unter anderen:

Dorfbewohner zahlreicher Länder erhöhen ihr Einkommen dank den verschiedenen Arten des ländlichen Tourismus und dem Direktverkauf von Lokal-, Einzel- oder Kollektivprodukten, (wie etwa von Frauenkooperativen)

Vereine schlagen in kleinerem Maße vor, sich mit dörflichem Leben vertraut zu machen. „Mass Education“ schlägt eine sowohl regelrechte kulturelle Mediation wie auch eine Immersion in das Leben von Kalkutta und seiner Umgebung vor; „Tourisme & développement solidaires“ (solidarischer Tourismus und Entwicklung) bietet eine Aufnahme in Dörfern in Burkina an; Djembé wartet mit einer Einweihung in das traditionelle Handwerk in Dörfern der Elfenbeinküste vor. Mitglieder von (internationalen) Verbänden mit thematischem, politischem oder einfach nur touristischem Charakter sorgen dank systematischen Netzwerken für gegenseitige Unterbringung und entdecken fremde Länder ohne den konventionellen Tourismusfilter. Dieser Tourismus entzieht sich teilweise dem Handelssektor.

In Europa entstehen für den motorisierten Verkehr gesperrte Wege. Fahrrad- oder Fußwanderungen verändern die Wahrnehmung von Landschaft und Raum und fördern Kontakte zu anderen Menschen. So kann man Exotismus auch ganz in seiner Nähe erleben.

Internetseiten, die den großen Tourismusvertrieb umgehen, listen solche Angebote auf.

Wir sind Weltbürger, wir wollen uns nicht vor der Außenwelt abschotten, wir wollen einen gerechten, gegenseitigen und fairen Austausch: Warum stehen denn die Grenzen nur finanzkräftigen Leuten, Waren und Kapitalien offen stehen? Wie kann man Globalisierung und biologische und kulturelle Vielfalt miteinander vereinbaren?

Der Beitrag des Tourismus zur Uniformisierung der Welt hat noch nicht sein letztes Wort gesprochen. Wenn wir nicht Acht geben, besteht die Gefahr, dass „universelle“ und sterile Vergnügungsparks wie Pilze aus dem Boden schießen. Nachdem die Tourismusbranche die letzten „irdischen Paradiese“ zerstört hat, wird sie neue, stereotype Paradiese erschaffen. Uns eine klare und vollständige Sicht dieser Risiken des weltweiten Tourismus zu verschaffen, ist eine unentbehrliche Grundlage für den Widerstand gegen diese Flucht nach vorn... Unser Wille, sich gemeinsam wieder die Zukunft unserer Welt zu eigen zu machen und unsere Kreativität werden ihr Übriges tun ...

Anne Amblès ([anne.ambles@wanadoo.fr](mailto:anne.ambles@wanadoo.fr)) ist aktives Mitglied von attac 17 und Mitautorin von [www.tourisme-durable.net](http://www.tourisme-durable.net).

*Übersetzt von Claudia Siebold, aktives Mitglied von attac Deutschland*

Weitere Informationen gibt es auch bei:

akte - Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung

[www.akte.ch](http://www.akte.ch), eMail: [info@akte.ch](mailto:info@akte.ch)

respect - Zentrum für Tourismus und Entwicklung

[www.respect.at](http://www.respect.at), eMail: [office@respect.at](mailto:office@respect.at)

Studienkreis für Tourismus und Entwicklung (D)

[www.studienkreis.org](http://www.studienkreis.org), eMail: [studienkreis-tourismus@compuserve.com](mailto:studienkreis-tourismus@compuserve.com)

Tourism Watch (D)

[www.tourism-watch.org](http://www.tourism-watch.org), eMail: [tourism-watch@due.org](mailto:tourism-watch@due.org)

### 3. Neoliberale Globalisierung und Frauenarbeit. Entwicklung der Situation in Frankreich von Christiane Marty

Die neoliberale Globalisierung bringt eine Abwanderung der Unternehmen mit sich, die immer auf der Suche nach neuen Märkten und Senkung der Produktionskosten sind.

In den Ländern des Südens lässt sich eine starke Zunahme der Frauenarbeit im informellen Bereich feststellen; auch die Schaffung von Arbeitsplätzen in Branchen, die mit Export zu haben, kam den Frauen zugute. Aber man vergisst dabei zu sagen, dass es sich um Niedriglohnbeschäftigungen handelt, mit schlechten Arbeitsbedingungen, ohne soziale Absicherung und manchmal ohne arbeitsrechtliche Bestimmungen (wie zum Beispiel in Freihandelszonen). Das geht so weit, dass die Weltbank sich veranlasst sieht, die Frauenbeschäftigung folgendermaßen zu verteidigen: „Die Beschränkungen in Bezug auf die Frauenbeschäftigung tragen dazu bei, die Kosten für Arbeit zu erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich zu senken, denn man hindert die Frauen daran, ihre Arbeitskraft zu konkurrenzfähigen Löhnen anzubieten“. (Klasen)(1)

In den Ländern des Nordens wird die bestehende Basis der sozialen Garantien immer wackliger: Wirtschaftliche Restrukturierung

gen sind Synonym für flexible Beschäftigung, wachsende Unsicherheit und Ungewissheit am Arbeitsplatz. Flexibilität, ein Begriff, der an und für sich neutral, ja sogar positiv besetzt ist (lockerer Rahmen, Anpassung der Arbeitszeit), steht in Wirklichkeit für eine Organisation der Arbeitskraft und der Arbeitszeit, die auf Instabilität und Unsicherheit fußt. Sie bedeutet Intensivierung der Arbeit, Entlassungen, Rückgriff auf Zeitarbeit und Out-Sourcing, Jahresarbeitszeitregelungen und eine sich festsetzende strukturelle Arbeitslosigkeit. Die Ungewissheit des Arbeitsplatzes hat in der Argumentation, man müsse konkurrenzfähig sein, eine wirtschaftliche Rechtfertigung gefunden und in den gesellschaftlichen Herrschaftsbeziehungen, insbesondere zwischen Männern und Frauen, eine kulturelle. Entsprechend den vorherrschenden kulturellen Normen gelten 640-Mark-Jobs und flexible Arbeitsplätze als besonders geeignet für die Bedürfnisse der Frauen – ja sie sollen ihnen sogar entgegenkommen –, denn für sie ist das Recht auf Berufstätigkeit in vollem Umfang noch nicht ganz gewonnen. Neben dem Effekt, eine Reserve an Arbeitskraft zu bilden, verkörpert Teilzeitarbeit auf

diese Weise eine neue Variante des „individuell angepassten Verdienstes“ von Frauen. Der Trend zu 640-Mark-Jobs und Teilzeitarbeit, die im Moment Frauen vorbehalten sind, steigt und wird allmählich zu einer Norm, die sich vom Süden zum Norden hin ausbreitet und eine Spirale des sozialen Abstiegs bildet.

### Die Versäumnisse der klassischen Wirtschaftstheorien

Die liberalistische Globalisierung stützt sich auf die Geschlechtertrennung in der Arbeit. Auch wenn diese Trennung von den klassischen Ökonomen nie als solche benannt wurde – und auch nicht von ihren radikalsten Kritikern (wie Marx) –, so ist sie doch vom Kapitalismus seit seiner Geburt in Europa benutzt worden. Der Beitrag der Frauen zur Befriedigung der kollektiven Bedürfnisse, der die Reproduktion betrifft, die häusliche Arbeit, die Erziehung der Kinder, die Pflege kranker oder alter Menschen, wurde von den vorherrschenden neoliberalen Theorien nie beachtet. Diese unbezahlte und unsichtbare Arbeit ist jedoch unabdingbar für das Funktionieren der Wirtschaft, die so die Kosten für die Wiederherstellung und Pflege der Arbeitskraft (2) ausklammert, indem sie sie den Frauen aufbürdet: In diesem Sinn kann man von einer „Reproduktionssteuer“ sprechen, welche die Gesellschaft auf dem Rücken der Frauen erhebt. Die deutsche feministische Schule (3) vertritt die These, dass die Expansion des Kapitalismus' und der Prozess der Akkumulierung die Existenz von nicht-kapitalistischen Produktionsbereichen notwendig macht: Die reproduktive Arbeit der Frauen, aber auch die „kostenlosen“ Güter der Natur, bilden so die unsichtbare Basis der Wirtschaft, die sie vereinnahmt und ausbeutet, um zur Anhäufung von Erträgen beizutragen. Auf diese Weise wird eine Parallele gezogen zwischen der Ausbeutung der Natur, der Frauenarbeit und dem historischen Prozess der Ausbeutung von Kolonien.

### Geschlechtertrennung in der sozialen Arbeit und in den verschiedenen Beschäftigungssektoren

Neben der Geschlechtertrennung bei der Arbeit im häuslichen Bereich, die als „sozial“ eingestuft wird und die über sämtliche Gesell-

schaften hinweg konstant ist, gibt es eine Geschlechtertrennung, die als sektorbezogen bezeichnet wird und die zum einen die Aufteilung der Beschäftigungen nach Kategorien und Sektoren festlegt und zum anderen eine Hierarchie zwischen den Sektoren herstellt: Die Frauen werden in die unqualifiziertesten und am schlechtesten bezahlten Stellen gestopft. Und auch wenn sich die Grenzen dieser Sektoren je nach Zeit, Gesellschaft und Auswirkung der Globalisierung verschieben (die gleiche Aufgabe oder der gleiche Industriezweig, die in einer bestimmten Gesellschaft typisch weiblich sind, können in einer anderen Gesellschaft typisch männlich sein), die Hierarchie selbst, die mit der Trennung der Arbeit zwischen Männern und Frauen verbunden ist, bleibt unverrückbar. Feministische Untersuchungen zu den spezifischen Qualifikationen (4) verschiedener Stellen, machen deutlich, dass bis zum heute die Bewertungsmethoden stark durch die sexistische Brille verfärbt sind. Diese Untersuchungen bilden einen interessanten Ansatz, um die systematische Entwertung der Kompetenzen, die die „Frauenberufe“ kennzeichnen, in Frage zu stellen.

### Entwicklung der Frauenbeschäftigung in Frankreich

In Frankreich wie in den Ländern des „Nordens“ ist die Entwicklung des Arbeitsmarktes durch ein starkes Anwachsen des Dienstleistungssektors gekennzeichnet. Auch wenn sie von einem beachtlichen Fortschritt für manche Frauen begleitet wird, bleiben die geschlechtsbezogenen Ungleichheiten doch noch enorm. Wir erleben gerade einen Aufschwung der Subunternehmerschaft, Heimarbeit und Telearbeit. Die Instabilität zeigt sich in einer ständig wachsenden Zahl atypischer Beschäftigungsformen. Befristete Arbeitsverträge, Praktika, ABM-Maßnahmen, Interimsverträge sowie Teilzeitarbeit sind alles Beschäftigungsformen, die, bis auf die Interimsverträge, besonders Frauen betreffen. In Frankreich drangen in den 60er Jahren Frauen massiv in den Vollzeitmarkt ein: Das Anwachsen des Dienstleistungssektors, die allgemeine Verbreitung der Empfängnisverhütung sowie eine Politik, die es ermöglichte,



die Kinder unterzubringen, waren wichtige Faktoren zugunsten dieser Entwicklung.

Die Teilzeitarbeit war ab der 80er Jahre eines der ersten Instrumente der Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeit. Sie richtete sich an Frauen, sozusagen im Namen der „Vereinbarkeit“ von Berufs- und Familienleben („Addition“ wäre ein angemessenerer Begriff als „Vereinbarkeit“). Nun gehört aber die Teilzeitarbeit in Frankreich nicht zur Geschichte der Frauenarbeit, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern. Sie wird weitgehend auferzwingen. „Die Teilzeit ist eine Krisenzeit“, wie Margaret Maruani es formuliert(5). Eigentlich ist es eher die Organisation der Arbeit im Unternehmen, die Teilzeitarbeit als neue Form der Beschäftigung eingeführt hat, als eine Antwort auf ein mögliches Bedürfnis der Frauen. Die politischen Maßnahmen des Staates haben auch eine wesentliche Rolle gespielt, indem die Sozialabgaben und Steuern auf Teilzeitbeschäftigung gesenkt wurden. Die Tatsache, dass sie zum Normalzustand wird, schwächt mittelfristig und für alle die erreichten Rechte auf dem Arbeitsmarkt; und das macht sich bereits durch ungenügende Arbeitslosen- und Rentenbezüge bemerkbar. Wir erleben auch ein Phänomen der Verarmung der Beschäftigten, die hauptsächlich Frauen betrifft (80% Frauen von den 3,2 Millionen armen Beschäftigten).

### Arbeitszeit und „private“ Zeit

Die kürzlich eingeführte Arbeitszeitverkürzung war Anlass für Umfragen zur Verwendung der Freizeit. Sie ermöglichte es, das starke Verhältnis zwischen Arbeitszeit und privater Zeit oder Zeit für den Haushalt aufzubauen. Die Umfragen erbrachten signifikante Daten: Bei den Männern hat die Verkürzung der Arbeitszeit zur mehr Zeit für Hobbys und Zusammensein mit den Kindern geführt. Die Frauen verwendeten die frei gewordene Zeit für ... Haushalt und Aufgaben als Familienmutter. In Wirklichkeit gibt es quasi seit über zehn Jahren keinen Fortschritt in der Aufgabenverteilung. Nun sind sich seit einiger Zeit Wissenschaftler und Soziologen in dem Punkt einig, dass die Hausarbeit der Knotenpunkt der Probleme der beruflichen Ungleichheit bildet. Durch die Doppelbelastung können die Frauen weniger über sich

verfügen und sich nicht im gleichen Maße wie Männer für ihre Karriere einsetzen. Umgekehrt ist die Einsatzfähigkeit der Männer für ihren Beruf nur möglich durch die Bereitschaft ihrer Partnerinnen, die Hausarbeit zu übernehmen und sich um die Kinder zu kümmern. Das ist gemeint, wenn man von „Durchlässigkeit“ zwischen privater Zeit und Arbeitszeit spricht. Der Ausdruck aus den 70er Jahre „das Private ist politisch“ hat nichts von seiner Aktualität eingebüßt, und aus dem gleichen Grund ist das Private wirtschaftlich. Ohne Gleichheit in Haus- und Elternarbeit wird es keine Gleichheit in Wirtschaft, Politik und Beruf geben. Es gilt jetzt, dem gegenüberzutreten, was im Moment den harten Kern der männlichen Vorherrschaft ausmacht und dazu dient, diese neue Organisation der Arbeit zu untermauern. Ein großer Schritt wird getan sein, wenn dieser Begriff der „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ sowohl die Männer als auch die Frauen betreffen würde.

Die Intensivierung der Arbeit, gesteigener Stress oder Mobbing charakterisieren die allgemeine Entwicklung der Arbeit. Eine Konzentration der Frauen im Dienstleistungs-, Pflege- und Gesundheitsbereich, niedrige Qualifikationen dieser Stellen, Ungleichheiten in Gehalt und Karriereverlauf, überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und unzureichendes Arbeitslosengeld kennzeichnen die Frauenarbeit. Das Stellenproblem, Unsicherheit des Arbeitsplatzes und Arbeitslosigkeit sind stark geschlechtsspezifisch. Allerdings ist die Geschlechtertrennung in der Arbeit verbunden mit den gesellschaftlichen Rollen der beiden Geschlechter: Sie wurde durch die Gesellschaft aufgebaut und kann somit auf die gleiche Weise abgebaut werden. Das Geschlecht ist ein grundlegendes Element der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen, die in der Gesellschaft herrschen. Dies ist eine wesentliche Erkenntnis, die es zu beachten gilt, um eine Antwort auf die im Moment stattfindende Entwertung der Arbeitsplätze zu finden und, in einem weiteren Sinn, die wirtschaftlichen und sozialen Rechte zu verwirklichen.

Wir möchten einige Aktionsvorschläge oder Prinzipien, die es zu verteidigen gilt, um sich dieser Entwertung der Arbeitsplätze entgegen-

genzustellen und die Gleichheit zwischen Männern und Frauen umzusetzen, in den Mittelpunkt rücken:

- Gleichheit am Arbeitsplatz, und zwar bezogen auf Löhne, Arbeitszeit, Zugang zu Stellen unabhängig vom Geschlecht, Karriereverlauf ... Der geschlechtsunabhängige Zugang zu Stellen beinhaltet vorab eine tatsächliche Öffnung der Ausbildungswege und eine Sensibilisierung der Eltern, Berufsberatern und Auszubildenden für die geschlechtsspezifischen Stereotypen. Gleichheit der Arbeitszeit setzt voraus, dass es einem Arbeitgeber verboten ist, Teilzeitarbeit aufzuzwingen. Die Gesetze zur Gleichheit am Arbeitsplatz sowie die Vorgaben der ILO (International Labour Organisation) müssen unverzüglich umgesetzt werden. Man müsste über die Einführung einer Abgabe für Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz nachdenken und über motivierende Maßnahmen oder Prämien für diejenigen Unternehmen, die im Hinblick auf die Gleichbehandlung besondere Anstrengungen unternehmen (die Firmen wurden bekanntlich auch in Form von Steuererleichterungen für die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen subventioniert). Die stellenspezifischen Qualifikationen müssen neu definiert werden – mit Methoden, die frei sind von sexistischer Verfälschung.

Die Fortschritte hinsichtlich der Gleichheit am Arbeitsplatz sind untrennbar mit Fortschritten in anderen Bereichen verbunden. Sie gehen weit über die Gewerkschaften hinaus, die ganze Gesellschaft ist davon betroffen.

Infragestellung der gesellschaftlichen Rollen, die dem jeweiligen Geschlecht zuordnet werden, Aufteilung der Arbeit in Haushalt und Kindererziehung (durch entsprechende Information am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit und eine Kontrolle der Botschaften, die durch Medien und Werbung vermittelt werden).

Aufbau öffentlicher Dienstleistungen zur Versorgung von Kleinkindern und pflegebedürftiger alter Menschen, um Frauen (wie auch Männern) den Zugang zur Berufstätigkeit zu ermöglichen.

Geschlechtsbezogene Analyse sämtlicher steuerpolitischer und sozialer Maßnahmen

(soziale Sicherheit, Renten, Auswirkungen des Erziehungsgeldes, Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt, Stellung der Bäuerinnen, Frauen von Geschäftsleuten, Handwerkern usw.) Die Geschlechteranalyse ist eine systematische Analyse der unterschiedlichen Auswirkungen jeglichen Vorhabens, je nachdem, ob eine Frau oder ein Mann es tut, und zwar mit der Teilnahme der Frauen auf jedem Niveau ihrer Ausarbeitung und politischen Umsetzung. Sie wird auf der Grundlage von geschlechtsbezogenen Kriterien und Indikatoren durchgeführt.

Ganz allgemein lässt sich sagen, dass die wirtschaftlichen und sozialen Rechte aller Frauen und aller Männer nur dann eingehalten werden, wenn die Mitglieder der Gesellschaft an allen Aspekten des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen. Dies geschieht, indem man die traditionellen gesellschaftlichen Rollen, die die Frauen stark einschränken, in Frage stellt. Diesen Fragen muss dringend nachgegangen werden, und man darf dabei nicht vergessen, dass die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Geschlechtern eng mit den wirtschaftlichen verbunden sind und dass ein Fortschritt nur in beiden Bereichen parallel zu erreichen ist. Die Gleichheit der Geschlechter ist viel mehr als nur ein Streben nach Gleichheit und nach Durchsetzung der Rechte der Frauen, sie eröffnet neue Perspektiven für eine andere Gesellschaft.

### Anmerkungen:

(1) Klasen, Stephan. 1999. Does Gender Inequality Reduce Growth and Development? *Gender and development working paper*

(2) Wenn auch Marx, wie Ricardo, die Menge der Arbeit in den „Gebrauchswert“ eines Gutes einschließt und sogar die Theorie aufstellt, dass sich Arbeitsmenge an der Arbeitszeit misst, so haben sie es doch völlig unterlassen, die Hausarbeit einzurechnen, die nötig ist zur Pflege und Wiederherstellung der Arbeitskraft. Sowohl der eine als auch der andere haben aber in den Kosten für die Arbeitskraft den Wert der Nahrung und den notwendigen Gütern des täglichen Lebens der Arbeiter berücksichtigt. Marx, der revolutionäre Gegner der kapitalistischen Ausbeutung, war Opfer einer patriarchalischen Ideologie, die die Haus- und Reproduktionsarbeit als „natürlich“ betrachtete. Außerdem hat Marx wie seine Vorgänger Smith und Ricardo die geschlechtsspezifische Trennung in der Arbeit, ihre geschichtliche Entwicklung und die Art und Weise,

wie der Kapitalismus davon profitierte, überhaupt nicht gesehen.

(3) Mies, Bennholdt-Thomsen und Von Werlhof, 1988: *Women, the last colony*, London, Zed Book

(4) Margaret Maruani, *Travail et emploi des femmes, La découverte repères*, 2000

(5) Elson u. Pierson, 1986, *Third world manufacturing*, *Feminist Review*

*Christiane Marty, Attac-Gruppe „Frauen und Globalisierung“/18.11.2001*

*Uebersetzerin : Hildegard TISCHER*

#### 4. Staudammprojekt in Kurdistan - Schmutzige Wasserkraft: Staudamm Ilisu. von Alexis Wiederstein

Seit Jahren setzt die türkische Regierung auf den Ausbau der Wasserkraft an Euphrat und Tigris. Dass dabei Menschen vertrieben und Kunstschatze überflutet werden, wurde immer billigend in Kauf genommen. Ebenfalls seit Jahren sind österreichische Unternehmen an diesen strategischen Bauvorhaben beteiligt. Zuletzt ist es einer internationalen Kampagne von Umwelt- und Menschenrechts-NGOs gelungen, britische und italienische Konzerne zum Ausstieg aus dem Projekt des Ilisu-Staudamms zu bewegen. Als einziger williger Partner der türkischen Regierung blieb die österreichische VA Tech über.

„Wir finden, dass das fantastische Neuigkeiten sind“, kommentierte am 13. November Kerim Yildiz, Direktor des Kurdish Human Rights Project in Großbritannien, erleichtert den Rückzug des britischen Konzerns Balfour Beatty aus dem Staudammprojekt am Tigris. Die Umweltgruppe Friends of the Earth UK sprach ebenfalls von einem „überragenden Sieg“. Mit Balfour Beatty traten auch weitere internationale Anbieter und die Exportgarantieagenturen der jeweiligen Länder zurück.

Letzter Verbündeter der antikurdischen militaristischen „Entwicklungspolitik“ der Türkei bleibt einmal mehr Österreich. In trauer Gemeinsamkeit mit dem türkischem Außenministerium erklärte die Firma VA Tech, man werde das Projekt weiterverfolgen.

##### Österreichische Konzerne an Euphrat und Tigris

Die Türkei arbeitet schon seit Jahrzehnten daran, die Flüsse Euphrat und Tigris in eine Serie von Stauketten zu verwandeln. Beim Euphrat ist ihr dies gelungen, nicht zuletzt Dank tatkräftiger Beteiligung österreichischer

Banken, Firmen und der staatlichen Exportfinanzierung.

Seit einem Jahrzehnt reiht sich am Euphrat Staudamm an Staudamm. Das vorletzte Staubecken, jenes des Birecik-Kraftwerks, wurde erst im vorigen Jahr geflutet.

Birecik wurde überwiegend von österreichischen Firmen errichtet. Die Kreditfinanzierung stammt zum Teil von der Ersten Österreichischen Sparkasse. Die Verbundplan ist für die nächsten 20 Jahre auch Betreiber des Kraftwerks.

Während für die Betreiber der Gewinn gesichert scheint, müssen die aus dem Staubecken Abgesiedelten um ihre Kompensationen kämpfen. Von den 30.000 KurdInnen, die dem Stausee weichen mussten, haben drei Viertel die angebotenen Entschädigungen als zu gering abgelehnt und beschäftigen nun ein ganzes Heer von AnwältInnen in der Distrikthauptstadt Urfa.

Dass die KurdInnen verschwinden mussten, daran bestand von Seiten der türkischen Militärs ohnehin nie ein Zweifel. Schon beim Atatürk-Damm flussaufwärts von Birecik, der unter Beteiligung der VA Tech, gesichert durch staatliche Exportgarantien, errichtet worden ist, wurden 60.000 KurdInnen unter Zwang abgesiedelt.

##### Teil der Militarisierung

Die türkische Regierung verfolgt seit Jahrzehnten eine Politik der Militarisierung der Region. Es wird geschätzt, dass bisher etwa drei Millionen KurdInnen vertrieben wurden. Die Zahl der zerstörten Dörfer soll bei etwa 3.000 liegen. Weite Teile Ostanatoliens stehen unter Ausnahmezustand, die Bevölkerung wird vom Militär tyrannisiert, insgesamt wa-



ren seit den 80er Jahren 30.000 Tote zu beklagen.

Obwohl die Kurdische Arbeiterpartei PKK seit 1999 einen einseitigen Waffenstillstand einhält, hat sich an den Übergriffen des Militärs nichts geändert. Berichte von Menschenrechtsorganisationen gehen davon aus, dass willkürliche Tötungen durch Militär und Polizei, Vergewaltigungen von Frauen, „Verschwindenlassen“ aus politischen Gründen und sonstige Menschenrechtsverletzungen zum Alltag gehören und keine Ausnahmeerscheinung sind. Der „Bevölkerungsaustausch“ im Zuge von Großprojekten wie der Errichtung der Staudämme sind Teil dieser Unterdrückungspolitik. Während die ansässigen KurdInnen Richtung Westtürkei verschwinden, werden neue türkische SiedlerInnen mit staatlicher Unterstützung angesiedelt.

Nachdem diese Politik von den Regierungen der Industrieländer, allen voran Österreich und Deutschland, durch billige Exportkredite großzügig gefördert wurde, ging die Türkei nun daran, nach dem Euphrat auch den Tigris zu verbauen. Das erste Projekt am Tigris sollte der Ilisu-Damm sein, der nunmehr verhindert wurde.

### **Ilisu-Projekt**

Pläne für Ilisu existieren bereits seit 1954. Genehmigt wurden die konkreten Baupläne 1982. Doch dann war das Projekt bis in die 90er-Jahre wegen ungeklärter Finanzierung blockiert.

Der Damm soll 65 km vor der Grenze zum Irak und zu Syrien entstehen. Die Türkei war bereits mit dem Atatürk-Damm in der Lage, die Nachbarländer zu erpressen, und machte mit schöner Regelmäßigkeit von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Hierin liegt ein wesentlicher Grund, warum sich manche Staaten sehr zögerlich zeigen, sich an den Staudammprojekten an Euphrat und Tigris zu beteiligen. Entgegen allen internationalen Vereinbarungen hält die Türkei am Euphrat so große Wassermengen zurück, dass die Nachbarländer Probleme mit Trinkwasser und Landwirtschaft bekommen.

Zudem drehte die Türkei in der Vergangenheit Syrien bereits mehrmals das Wasser voll-

ständig ab, um den Nachbarn zu einem entschlosseneren Vorgehen gegen die PKK zu bewegen. Syrien musste nachgeben, um einen weitgehenden Zusammenbruch seiner Wasserversorgung zu verhindern.

Selbst die Weltbank finanziert wegen dieser Konflikte, die sich nach Einschätzung von UN-Experten jederzeit zu einem Krieg ausweiten könnten, keine Projekte an Euphrat oder Tigris.

Abgesehen von der Gefahr eines internationalen Krieges für den Fall, dass die Türkei nach dem Euphrat jetzt noch den Tigris unter ihre Kontrolle bringt und die Nachbarländer im wahrsten Sinne des Wortes austrocknet, birgt das Projekt enormen inneren sozialen Sprengstoff. Es wird von der Vertreibung von 78.000 KurdInnen ausgegangen.

Allein 42 Dörfern würden im Ilisu-Stausee versinken.

Gefördert werden durch die geplante großflächige künstliche Bewässerung Großgrundbesitzer, die weitere Flächen unter ihre Kontrolle bringen würden, während kleine Dorfgemeinschaften ihre kleinen Grundstücke verlieren würden. Die ökologischen Folgen der künstlichen Bewässerung riesiger Flächen, wie etwa starke Versalzung von Böden und Vergiftung durch Pestizide, würden binnen weniger Jahre zu sehen sein.

### **Die Kampagne**

Seit mehreren Jahren kämpft nun eine bunte Koalition von internationalen NGOs gegen Ilisu.

Um das nötige Kapital zu beschaffen, kauften Friends of the Earth (FoE) ein Aktienpaket von Balfour Beatty, als die Firma ihre Projektbeteiligung verlautbarte. Die Finanzwelt roch große Gewinne, die Aktien stiegen und verschafften FoE das nötige Geld, um gegen Balfour Beatty und die britische Exportgarantieagentur zu Felde zu ziehen. Anfangs lief es für die türkische Regierung und ihre Partner recht gut. Als Großauftragnehmer unterschrieben Sulzer Hydro und ABB aus der Schweiz, worauf die Schweizer Export-risikogarantie (ERG) eine Haftung von über sFr 470 Mio., etwa ATS 4,2 Mrd., übernahm, woran die kommerzielle Finanzie-

zung der multinationalen Großbank Union Bank of Switzerland geknüpft war. Das war 1998; von da an ging es für die Betreiber bergab.

ABB, der größte Elektroanlagenbaukonzern der Welt, kam in große wirtschaftliche Turbulenzen. Daraufhin stieß ABB seine gesamte Wasserkraftwerksabteilung als in Zukunft nicht gewinnbringend an Alstom aus Frankreich ab. Alstom blieb zwar Auftragnehmer, die französische Regierung vergab jedoch keine Exportgarantie für Ilisu.

In Großbritannien setzten Umwelt- und Menschenrechtsgruppen verstärkt Unternehmen und die Regierung unter Druck. Generalversammlungen von Balfour Beatty als wichtigstem britischem Auftragnehmer verliefen reichlich turbulent, die Firmenbüros waren Schauplatz zahlreicher Demonstrationen. Handelsminister Wilson musste 1999 vor Gericht erscheinen, weil er Unterlagen zu Ilisu zurückgehalten hatte.

Mit Fortdauer der Kampagne zogen sich immer mehr Firmen zurück. Der schwedische Baukonzern Skanska, einst Partner der VA Tech in Kolumbien oder den Philippinen, verabschiedete sich im vorigen Jahr mit der Aussage, dass bei Projekten Mindeststandards eingehalten werden müssten. Der Ausstieg von Skanska fiel mit der Einsetzung einer Untersuchungskommission des schwedischen Parlaments zusammen, die die Auswirkungen von Projekten mit schwedischer Exportförderung unter die Lupe nehmen sollte.

Für Balfour Beatty, die im Zentrum der Anti-Ilisu-Kampagne stand, erhöhten sich die Kosten einer Weiterführung des Projekts. Heftige Debatten im britischen Abgeordnetenhaus führten dazu, dass die britische Regierung mehrheitlich gegen einen Exportkredit für Ilisu eingestellt war. Lediglich Premierminister Blair verhinderte einen negativen Beschluss.

Am 13. November verkündete Balfour Beatty und Tags darauf auch das Export Credit Guarantee Department Großbritanniens das Aus des Projekts. Ex-Außenminister Robin Cook hatte sich öffentlich gegen Ilisu ausgesprochen, nachdem die Arabische Liga gegen eine Unterstützung von Ilisu interveniert hatte.

Auch Handelsministerin Patricia Hewitt, zuständig für die Genehmigung von Exportgarantien, galt als deklarierte Gegnerin des Projekts. Zugleich mit Balfour Beatty erklärte ein weiterer großer Auftragnehmer, Impreglio aus Italien, das Ende seines Engagements. Plötzlich stand die VA Tech alleine mit der türkischen Regierung da.

### Ein untergehendes Schiff

Die offizielle Politik versuchte hektisch zu intervenieren. Der türkische Energiestaatssekretär Yigitgüden kam zu einem Blitzbesuch nach Wien und traf mit Wirtschaftsminister Bartenstein zusammen. In einem Bericht im Standard wurde verlautet, dass die Türkei am Bau des Dammes festhalten werde.

Außer dem türkischen Energiestaatssekretär und VA Tech sieht das kaum noch jemand so. Alle von internationalen Medien zitierten Quellen gehen davon aus, dass das Projekt gestorben sei. Die türkische Regierung werde auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, das Projekt selbst zu finanzieren. Die Zahlungsfähigkeit der in wirtschaftlicher Agonie liegenden Türkei konnte vor kurzem nur durch einen Notkredit des Internationalen Währungsfonds aufrecht erhalten werden.

Während die britische BBC der Welt mitteilte, dass es mehr als unwahrscheinlich sei, dass die VA Tech alleine das Projekt finanzieren und durchführen könne, kam erst nach einer Woche eine Reaktion von Vorstandsmitglied Georg Antesberger: „Selbstverständlich werden wir das Projekt Ilisu nur dann weiter verfolgen, wenn vom Auftraggeber gewährleistet ist, dass die gestellten Anforderungen der internationalen Finanzinstitutionen und deren Regierungen erfüllt werden“.

### Exportgarantien in der Öffentlichkeit

Am Anlassfall Ilisu läßt sich das System der staatlichen Exportgarantien, die mit Ausnahme einiger weniger Länder wie der USA vollständiger Geheimhaltung unterliegen, kritisch durchleuchten.

Da kommerzielle Kredite an Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eine höchst riskante Sache sind, stellen Exportgarantien eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Finan-

zierung von Großprojekten außerhalb der Industrieländer dar.

Bei Exportgarantien übernimmt der Staat die Haftung für einen Kredit, falls das Schuldnerland zahlungsunfähig wird. Exportkredite werden zudem zusätzlich gefördert, indem ein Teil der Zinsen durch das Geberland staatlich bezuschusst wird. Dieses System begünstigt zwei Drittel der Exporte der Industrieländer in Nicht-Industrieländer.

Anfang Dezember fand eine Konferenz der OECD in Paris statt, bei der über die Einführung von verpflichtenden Standards bezüglich Umwelt und Menschenrechte für Exportförderungsagenturen, wie etwa die Österreichische Kontrollbank AG, beraten werden sollte.

Die Konferenz scheiterte an Differenzen zwischen den USA und Europa, wobei die USA verpflichtende und überprüfbare Standards verlangten, wie sie auf Druck des Kongresses in den USA schon seit 1995 existieren. Das schließt ein, dass anstehende Projektentscheidungen und die Unterlagen dazu bereits Wochen vor der Entscheidung veröffentlicht sein müssen.

Österreich und Deutschland gehörten in Paris zu den Hardlinern, die gegen jegliche Standards auftraten und die Konferenz zum Scheitern verurteilten. Eine moderate Position vertraten Großbritannien, Italien, Schweden und

Finnland, die bereits unverbindliche Umweltprüfungen für Exportkredite eingeführt haben. Österreich schlug eine Einladung zur gemeinsamen Überprüfung von abgeschlossenen Projekten durch die schwedische und die finnische Regierung aus, weil daran kein Interesse bestehe.

Österreich ist jetzt eines der letzten Industrieländer, die weder vor noch nach der Entscheidung über ein Projekt Daten veröffentlichen. Antworten auf parlamentarische Anfragen werden ebenso verweigert wie Angaben im Rechenschaftsbericht der Kontrollbank. Ein Land in Geiselhaft der Lobbies, mit der Türkei als letztem Kumpan.

Erklärung von Bern: <http://www.evb.ch> „Hinter verschlossenen Türen“ (Hg.: Erlassjahr 2000/Greenpeace/WWF) Studie über die Kontrollbank und ausgewählte Projekte, darunter Ilisu und eine Papierfabrik in Indonesien.

<http://www.wwf.at> zum Herunterladen. Internationale Kampagne gegen die Exportfinanzierungsagenturen:

[www.eca-watch.org](http://www.eca-watch.org)

Ilisu Dam Campaign: <http://www.ilisu.org.uk>

International Rivers Network:  
<http://www.irn.org> + <http://www.riversnet.org>

## 5. Globalisierungsgipfel ohne Ausnahmezustand? Von Heinrich Breidenbach

**Warum sollen „Globalisierungsgipfel“ ohne exzessiven Obrigkeitsstaat, ohne Gewaltdrohungen und ohne Demonstrationsverbote unmöglich sein? Anregungen für Politik, Staatsgewalt und Protestszene.**

So sehen „Erfolge“ aus: 113 Anzeigen, 11 Verhaftungen, 919 Menschen sechs Stunden in einem Polizeikessel, Wohngebiete als Sperrzonen, Behinderungen für Betriebe, Pendler, Autofahrer und Busgäste. Ein martialisch hochgerüstetes Polizeiaufgebot. 109 Millionen Schilling Einsatzkosten. Ein verletzter Polizist. Tausende Bürger fotografiert und auf Polizeivideos festgehalten. Das ergibt eine Flut neuer „amtliche Vormerkungen“, die grenzenlos - seit Genua wissen wird das leider zweifelsfrei - zwischen Polizei und Geheim-

diensten ausgetauscht werden. Vier Tage exzessiver Obrigkeitsstaat.

Die Lage war gut „im Griff“. Die Gewaltbilder vom G7-Treffen in Genua verdrängten schnell die Salzburger Ereignisse rund um den Europa-Gipfel des World Economic Forum (WEF) vom 1. bis 3. Juli 01 und halfen mit, eine einseitige Lesart der Ereignisse zu etablieren: „Das Großaufgebot an Sicherheitskräften hat sich in Salzburg bewährt und größere Ausschreitungen verhindert.“ Die

nächsten WEF-Gipfel in Salzburg sind schon fixiert. Salzburg bemüht sich darüber hinaus, ständiger Sitz des WEF zu werden.

Soll es also so „erfolgreich“ weitergehen, mit permanentem Ausnahmezustand? Oder ist doch ein reifer, demokratischer Umgang mit radikalen Gegensätzen möglich? Ansätze dafür gibt es. Aber Haltungsänderungen und Änderungen des Verhaltens „auf beiden Seiten“ sind notwendig.

### Keine subjektive Gewaltermächtigung

Teile der Szene, die zu den Protesten gegen den Europa-Gipfel des World Economic Forum in Salzburg aufgerufen haben, bestritten grundsätzlich dessen Versammlungsrecht. In Internet-Aufrufen gegen den Gipfel ([www.antiwef.org](http://www.antiwef.org)) hieß es etwa „Lassen wir den Gipfel platzen“. Oder: „Es ist unser Ziel, das WEF abzuschaffen und dessen Zusammenkünfte zu verhindern.“ Die Logik einer solchen subjektiven Gewaltermächtigung ist simpel. Das WEF wird als mitschuldig am Elend der Welt erkannt und daraus wird das moralische Recht abgeleitet, den Gipfel „platzen“ zu lassen. Von Irrtumsvorbehalten ist eine solche Denkweise nicht geplagt. Politische Bewertungen von komplexen Vorgängen werden zu „Wahrheiten“.

Jeder, der mit guten oder schlechten Gründen fest an etwas glaubt, könnte sich nach dieser Logik selbst die Berechtigung ausstellen, das Versammlungsrecht zu gewähren oder zu untersagen. Eine Arbeiterin, die sich ungerecht entlassen fühlt. Ein religiös Erleuchteter, der die anderen Religionen als Teufelswerk erkannt hat. Ein Sudetendeutscher, der es nicht aushält, dass seine Vertreibung kein Thema bei der EU-Osterweiterung ist. Ein Nazi-Opfer, das eine Regierung von Jörg Haiders Gnaden unerträglich findet. Usw.

Es ist guter demokratischer Konsens, dass all diese Gefühle, seien sie auch persönlich noch so tief empfunden, gute Gründe für Engagement sein können, aber eben keine persönliche Ermächtigung darstellen, das Recht in die eigenen Hände zu nehmen.

Zwei Sätze sollen den Gegensatz verdeutlichen. „Ich protestiere gegen den WEF-Gipfel und gegen den Einfluss solcher Organisatio-

nen auf die Politik.“ Oder: „Ich will das WEF abschaffen und den WEF-Gipfel verhindern.“ Zwischen diesen beiden Haltungen liegt die Grenze zwischen demokratischer, politikfähiger Radikalität und dumpfem Extremismus.

### „In Berlin gibt es 4.000 Autonome...“

Kleine Teile der politischen Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung überschreiten diese Grenze. Ein größerer Teil zeigt eine Scheu vor ernsthaften Auseinandersetzungen mit extremistischen Positionen. Die Klammer des vermeintlichen gemeinsamen Anliegens ist stark. Die Dynamik von Großereignissen, die quasi automatisch entstehenden Frontstellungen zwischen Polizei und Demonstranten, trägt dazu bei. Auf beiden Seiten entstehen falsche Solidarierungen. Die politische und organisatorische Führung der Proteste muss, auch gegen innere Widerstände, Position beziehen. Die Position „wir lassen uns nicht in gute und böse Globalisierungsgegner spalten“ muss bei Gewalt eine Grenze finden. Es geht um eine grundsätzliche offen geführte politische Diskussion über die Grenzen zwischen demokratischem Protest, zivilem Ungehorsam und gewalttätigem Extremismus. Das wäre glaubwürdiger als abstrakte Bekenntnisse zur „Gewaltfreiheit“ gegenüber der Öffentlichkeit, zum Beispiel bei Pressekonferenzen.

„In Berlin könnten sie so einen Gipfel gar nicht mehr riskieren. Dort gibt es 4.000 organisierte Autonome. Da würden sie sich anschauen.“ So hörte ich es persönlich von einem „friedlichen“ Anti-WEF Aktivist. Die Genugtuung über die Berliner Verhältnisse war unüberhörbar. Diese Genugtuung geht weit über die gewalttätige Szene hinaus und belegt ein schlampiges Verhältnis zur Gewalt. Eine Klärung tut not.

Eine Verwilderung des Versammlungsrechtes würde schon mittelfristig übrigens ganz andere Konsequenzen haben, als sich das so manche wackere „Autonome“ heute vorstellen. Das Abgehen vom rechtsstaatlichen Konsens würde ökonomische Ungleichheiten sofort schlagend werden lassen. Mächtige können ihre Treffen leicht mit privaten Sicherheitsdiensten schützen lassen, Schwache nicht.

### Salzburger Musterdemonstranten

Demonstranten wie in Salzburg würde man sich in ganz Europa wünschen. Über 900 Menschen waren stundenlang in einem Polizeikessel gefangen. Kein Kratzer an einem Auto. Keine zerborstene Fensterscheibe. Bewohner und Geschäftsleute öffneten ihre Läden und Wohnungen, brachten Wasser und ließen die Eingekeuselten die Toiletten benutzen. Musterdemonstranten. Trotzdem, 15 bis 20 vermummte „Autonome“ stürmten gewalttätig auf eine Polizeikette los, schlugen mit Stöcken auf Beamte ein. Nach ein, zwei Minuten war der Spuk vorbei. Aber die Bilder waren, wie bestellt, im Kasten und dominierten fortan die Berichterstattung.

Es wäre zu einfach, diese Gewaltszene auf ein bloßes organisatorisches Versagen von Demonstrationsleitung und Ordnerdienst zu reduzieren. Solche „Vorfälle“ zeigen auch eine politische Schwäche und eine Scheu vor der internen Auseinandersetzung mit den Fragen von Gewalt und Rechtsstaatlichkeit.

### Sichere Kongressstadt ist legitimes Ziel

Politik und Exekutive hatten nach den Ereignissen der „Globalisierungsgipfel“ von Prag, Davos, Seattle oder Göteborg und nach diversen Internet-Aufrufen zum Salzburger WEF-Gipfel berechtigte Sicherheitsbedenken. Nicht alles war „Hysterie“. Wer für die Sicherheit einer Stadt verantwortlich ist, und dafür auch verantwortlich gemacht wird, kann solche Realitäten nicht ignorieren. Zusätzlich gibt es ein zwingendes Sicherheitserfordernis, wenn 13 Staatsoberhäupter, 3 Ministerpräsidenten, jede Menge Minister und Wirtschaftsleute in einer Stadt anwesend sind. Jeder Staat der Welt fühlt sich hier zu Schutz verpflichtet.

Es ist auch legitim, eine Stadt als sicheren Ort für Kongresse und Wirtschaftsgipfel positionieren zu wollen. Das kann kein Vorwurf an die Politik sein. Wenn die globalisierungskritische Bewegung diese Zugeständnisse nicht macht, ist eine Entkrampfung nur schwer möglich.

Erleichtern könnte dieses Zugeständnis eine realistische Einschätzung der Bedeutung von „Gipfeln“ und Kongressen im Prozess der Globalisierung. Ob sie stattfinden oder nicht,

ändert an den Realitäten wenig. Keiner Textilarbeiterin in Bangladesh, keinem Fußballnäher in Pakistan und keinem Rentner in Rumänien geht es besser oder schlechter, wenn das WEF in Salzburg, in der Sahara, auf einem Kreuzfahrtschiff oder gar nicht tagt. Die relevanten Entscheidungen können immer anders und anderswo fallen.

### Schausbergers Blankoscheck für die Exekutive

„Ich habe volles Vertrauen zur Einsatzleitung und unterstütze hundertprozentig jede Maßnahme der Polizei.“ Dies erklärte der Salzburger Landeshauptmann Franz Schausberger wörtlich am 24. Juni 01 bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Salzburger Sicherheitsdirektor Anton Stenitzer und Polizeidirektor Karl Schweiger. Letzterer war Einsatzleiter für den gesamten WEF-Gipfel. Noch einmal: Schausberger sprach wörtlich von der „hundertprozentigen“ Unterstützung „jeder“ Maßnahme der Polizei. Explizit gemeint und angesprochen war damit auch das mögliche Verbot einer Protestkundgebung am Bahnhof. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits zwei Demonstrationen vom Polizeidirektor untersagt worden. Das Verbot der Standkundgebung am Bahnhof stand im Raum.

Die Aussage ist kein einmaliger missverständlicher Lapsus sondern steht für die gesamte obrigkeitstaatliche Haltung des Landeshauptmanns zum Gipfel. Was immer 4-5.000 Exekutivbeamte tun werden, es wird gut sein. Das ist inhaltlich unsinnig und politisch ein Blankoscheck. Der Landeshauptmann hat rein rechtlich bei einem solchen Einsatz wenig Kompetenzen. Atmosphärisch aber ist die Haltung der Politiker vor Ort wichtig. Dies war einer der vielen Beiträge zur Entstehung einer Stimmung des Ausnahmezustandes.

### Macht braucht Kontrolle

Bei voller Akzeptanz des Gewaltmonopols der Exekutive und persönlichem Respekt vor den Verantwortlichen ist dennoch immer Wachsamkeit gegenüber vielen tausend hochorganisierten bewaffneten Menschen mit einer herausragenden gesetzlichen Sonderstellung notwendig. Ein Blankoscheck für den Polizeiparagrafen ist grundsätzlich falsch. Macht braucht Kontrolle, weil unkontrollierte Macht

letztlich überall missbraucht wird. Das weiß auch jeder vernünftige Polizist.

Dazu kommt in der Realität, dass es innerhalb der Exekutive leider noch zu viele Beamte mit unakzeptablem Auftreten gibt. Zu ausgeprägt sind noch klassische Feindbilder wie Demonstranten, Ausländer, Randgruppen oder auffällige Jugendliche. Das gilt umso mehr vor sensiblen Großeinsätzen mit ihren Emotionalisierungen, ihrer gefährlichen Eigendynamik und ihren falschen Solidarierungen auf beiden Seiten. Zu fragwürdig ist der Umgang der Exekutive mit personenbezogenen Daten und die Art der Gewinnung dieser Daten.

### „Diese Leute sind zu allem bereit“

„Schutz“ vor drohenden Gefahren und das laute Eintreten für „Sicherheit“ sind einfache Profilierungsmöglichkeiten für Politiker. Mit Sozial- oder Bildungspolitik tut man sich sehr viel schwerer. Je drohender das Unheil, je gefährlicher die Demonstranten, je größer die Angst, desto leichter ist die Profilierung als „Garant für die Sicherheit“. So eine Dynamik ist in Salzburg vor dem WEF-Gipfel entstanden.

Es war vor allem ein sich wechselseitig hochschaukelnder Politik-Medien-Verbund aus FPÖ-Politikern, Landeshauptmann Schausberger und Kronen-Zeitung, der jeden Protest gegen den WEF-Gipfel mit Gefahr, Gewalt, Chaoten, Krawallen und Bedrohungen für die Bürger Salzburgs gleichsetzte. „Diese Leute sind zu allem bereit“, wird Schausberger schon in der Kronen-Zeitung vom 10. März 01 zitiert. Salzburgs FPÖ-Chef Karl Schnell bezeichnete den Protest in einer Presseausendung vom 17. Mai 01 als „Politagitation gegen Staat und Öffentlichkeit“ und bekam damit natürlich auch seine zustimmende Krone-Schlagzeile. Die Kronen-Zeitung fuhr auch eine Kampagne gegen die Salzburger Arbeiterkammer, weil diese für eine absolut friedliche Diskussionsveranstaltung der Globalisierungskritiker ihr Brunauerzentrum als Veranstaltungsort zur Verfügung stellte.

Landeshauptmann Franz Schausberger sprach dem Protest auch inhaltlich jede Berechtigung ab. Schausbergers mehrmalige Begründung dafür wörtlich: „Dieser Gipfel beschäftigt sich

gar nicht mit der Globalisierung sondern mit der EU-Osterweiterung und mit Russland.“ Dass die EU-Osterweiterung und die Einbeziehung Russlands in die Schaffung gemeinsamer Märkte nichts mit „Globalisierung“ zu tun haben, - was immer man davon hält - , ist ein so dürftiges „Argument“, dass damit zusätzlich noch eine massive Abwertung an die Adresse der Globalisierungskritiker mit-schwingt. „Für Euch Gfraster reicht schon.“

### Die Stimmung des Ausnahmezustandes

Der Protest ist „gefährlich“, „gewalttätig“, „ungerechtfertigt“, er kommt von „Chaoten“, meistens aus dem „Ausland“. Das waren die zentralen Botschaften des Politik-Medien-Verbundes aus FPÖ, Kronen-Zeitung und Landeshauptmann über Wochen und Monate an die Salzburger Bevölkerung. Solche Botschaften kommen an. Es entstand in Stadt und Land Salzburg eine Stimmung des Ausnahmezustandes.

Der Ruf nach Verhältnismäßigkeit, nach Grenzen, nach Distanz, nach Vorsicht, nach Abwägen und nach Bürgerrechten wurde schwach und schwächer. In einer solch machtvollen Stimmung schmelzen große Bevölkerungsteile zu Wachs in den Händen politischer Kleingeldsammler. Es hätte durchaus „a bisserl mehr“ werden können. Mehr Polizisten, mehr Verhaftungen, mehr Durchsuchungen, mehr „amtliche Vormerkungen“, mehr Zurückweisungen an den Grenzen, mehr Einschränkungen, mehr Verbote und mehr Übergriffe. In der Stimmung des Ausnahmezustandes waren keine Grenzen mehr auszumachen.

Der einseitige politische Eifer, die Begeisterung für polizeiliche, obrigkeitstaatliche Maßnahmen und für die Entsorgung von Bürgerrechten waren beklemmend.

### Der Weg zur Konfliktkultur

Die Auseinandersetzungen zum WEF-Gipfel war nicht nur von den oben geschilderten Reflexen geprägt. Bedeutsamer waren die Bemühungen um eine demokratische Konfliktkultur. Es gab Kontakte und eine ständige Gesprächsbasis zwischen den Veranstaltern des „Gegengipfels“, der Exekutive und des World Economic Forum. Die Arbeiterkammer

fungierte als Veranstalter einer vielbeachteten Podiumsdiskussion zwischen je vier Vertretern des WEF und des globalisierungskritischen Netzwerks ATTAC. Politiker wie Bürgermeister Heinz Schaden, Landtagsabgeordneter Cyriak Schweighofer oder Arbeiterkammerrat Robert Müllner waren vor Ort anwesend, als die nicht genehmigte Demonstration in einem Polizeikessel zu eskalieren drohte. Das hat sich sehr positiv ausgewirkt. Es war die Summe dieser Bemühungen, die insgesamt den Verlauf der Auseinandersetzungen in Salzburg positiv beeinflussten.

Die globalisierungskritische Bewegung setzt auch bereits neue Impulse im Vorfeld des nächsten „WEF-Gipfel“ in Salzburg. In Podiumsdiskussionen und Gesprächskreisen wurden die Salzburger Ereignisse vom Juli 2001 offen diskutiert. Es fanden auch schon runde Tische mit Vertretern der Exekutive statt. An einem Gespräch im November 01 im Brunauerzentrum beteiligten sich immerhin Sicherheitsdirektor Hofrat Anton Stenitzer, Gendarmeriekommandant Brigadier Ernst Kröll und Polizeidirektor Gottfried Mayr.

Konfliktkultur kann freilich niemals bedeuten, Gegensätze zu verleugnen. Polizisten, die stundenlang vor Treffpunkten von möglichen jugendlichen Demonstranten und unentwegt filmen werden etwa zu Recht als Provokation erlebt.

Umgekehrt dient es sicher nicht zur Beruhigung der Exekutive, wenn bei einer Diskussionsveranstaltung aus den Reihen jugendlicher Zuhörer auf die Aussage von Gendarmeriekommandant Kröll „wenn der bei der Demonstration verletzte Gendarm keinen Kopfschutz getragen hätte, wäre er jetzt tot“, einzelnes Gelächter zu hören war.

Im „Großen“ führt der Weg zu einer Kultur dieses Konflikts über die wechselseitige Akzeptanz von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit. Die offizielle Politik und die Staatsgewalt müssen ein Recht auf Protest und Demonstrationsfreiheit wirklich akzeptieren. Demonstrationsfreiheit herrscht nur, wenn dieses Recht in Anspruch genommen werden kann, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Die Globalisierungskritiker müssen subjektive Gewaltermächtigung aktiv bekämpfen und das Versammlungsrecht, zum Beispiel des WEF, akzeptieren.

Zuletzt geht es immer um ein Demokratieverständnis, das auch Gegensätze mit einschließt. Das Demonstrations- und Versammlungsrecht der jeweils „anderen“ Seite muss man halt wirklich wollen. Und es geht um eine Menschlichkeit, die nicht will, dass Polizisten oder Demonstranten zu Schaden kommen. Unbequemerweise soll dies alles auch noch jeweils dort vertreten werden, wo es nicht gehört werden will.

### „Gemma jetzt do, sunst...“

**Ein kleines persönliches Erlebnis** mit drei Polizisten, oder wie der Versuch beinahe scheiterte nach der offiziellen Eröffnung des WEF-Gipfels im Salzburger Kongresshaus die Sperrzone rund um das Kongresshaus Richtung Bahnhof zu verlassen. Ort der Handlung: Eine Polizeisperre auf der Rainerstraße kurz nach dem Kongresshaus.

Polizist: „*Do kummens jetzt net durch*“. Wieso? Ich muss zum Bahnhof. „*Homms net verstondn*.“ Wie komm ich sonst zum Bahnhof? Ein zweiter und dritter Polizist in schwarzer Rüstung bauen sich vor mir auf: „*Wiss ma net*.“ Aber bitte, es kann doch nicht sein, dass man den Sperrbezirk zwar betreten, aber nicht verlassen kann. „*Do jedenfois net*.“ Hier ist meine Presse-Akkreditierung für den gesamten WEF-Gipfel. „*Is des so schwer zu verstehen, do kummens net durch*.“ Ich muss aber zum Bahnhof. „*Gemma jetzt do, sunst...*“

Ein paar Straßen weiter ließ mich ein höflicher Polizist problemlos passieren.

Wie wäre es wohl einem türkischen, einem schwarzen oder sonst irgendwie auffälligen Jugendlichen an einer Straßensperre mit diesen drei Polizisten vom Typus Wirtshausstänkerer ergangen?